

Bezugspreis:
Hefepreis 30.- M. monatlich 10.- M.
frei ins Haus, sodann zahlbar. Post-
bezug: monatlich 10.- M. einschließlich
Postgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16,50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21,50 M. Post-
gebühren nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz - Eingetragene in
die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“ und der Unter-
haltungsbeilage „Demmei“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Ami Moravian, Nr. 15190 - 15197

Dienstag, den 22. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Ami Moravian, Nr. 11753 - 54

Anzeigenpreis:
Die abgegründeten Kompartimente
kosten 1,50 M. „Kleine Anzeigen“
das 100 Wörter betragende Wort, jedes
weiteres Wort 1.- M. Stellenanzeige
und Schlachtfeldanzeigen das erste
Wort 1.- M. jedes weitere Wort
50 Hg. Wörter über 15 Buchstaben
zählen für zwei Wörter. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Preis 1.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldern.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geschäfts-
stunden von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Deutsche Mehrheit: Eine Viertelmillion!

Ungeheure Kraftmessen sind in den letzten Monaten über das national umkämpfte Oberschlesien dahingestulzt. Von polnischer Seite ist das Ungeheuerliche an Organisations- und Werbearbeit geleistet worden, sind fabelhafte Summen aufgewandt, um den Abstimmungserfolg für Polen buchen zu können. Die deutsche Abwehr konnte erst verspätet organisiert werden und hatte zudem dauernd zu leiden unter der unverkennbaren Parteilichkeit, die von einem Teil der interalliierten Besatzungsbehörden gegenüber allem Deutschen offen zutage trat. Trotzdem ist aber auch auf deutscher Seite in Oberschlesien selbst mit einem großen Organisationsapparat gearbeitet worden, in Wort und Schrift hat die Einwirkung auf die Abstimmungsberechtigten, man könnte fast sagen: Tag und Nacht, stattgefunden.

Ungeheure Geldmittel sind von beiden Seiten ins Rollen oder Flattern gebracht worden. Die braven ober-schlesischen Arbeiter und Kleinbauern, die sonst so ziemlich außerhalb des weltpolitischen Geschehens zu leben pflegten, sahen sich mit einem Male in den Mittelpunkt der Ereignisse gerückt, umworben mit allen Mitteln der Lieberredungskunst, des Druckes der geistigen und moralischen Beeinflussung. Manchem wird dabei das Bewußtsein seiner eigenen Bedeutung stark geschmeichelt worden sein, besonders wenn er die Presse beider Parteien zu verfolgen in der Lage war. So verständlich es ist, daß bei einem so entscheidenden Wahlgange mit starken Farben aufgetragen wird, so hat doch diese Art der Propaganda oft ein Bild, das selbst für starke, an heftige Wahlkämpfe gewöhnte Kerne zuweilen unerträglich wurde. Darüber wird vielleicht noch später zu reden sein.

Daß die polnische Propaganda an Demagogie, an nationaler und religiöser Aufpeitschung das Bösartige leistet, war ja schon aus früheren Reichstagswahlkämpfen hinlänglich bekannt. Und Wojciech Korfanty, der schon als junger Mensch ein Schreckenskind innerhalb der damaligen polnischen Partei Deutschlands war, ist seinem alten Ruf auch in seiner Eigenschaft als Leiter der polnischen Abstimmungspropaganda nicht untreu geworden. Er hat den mit ungeheuren Geldmitteln arbeitenden Abstimmungsapparat so vorzüglich spielen lassen, daß seine Austrageger mit ihm zufrieden sein werden, trotzdem das Gesamtergebnis in Oberschlesien seinen Erwartungen sicher nicht entspricht. Zwar versuchen die Polenblätter Oberschlesiens heute schon das Wahlergebnis in einen Polensieg umzulügen, trotzdem es ganz klar zutage liegt, daß die Abstimmung den Deutschen eine Mehrheit von fast einer Viertelmillion gebracht hat. Die endgültigen Zifferangaben schwanken zwar immer noch, aber es steht doch fest, daß für Deutschland über 700 000 Stimmen abgegeben wurden gegen rund 400 000, die auf Polen lauteten. Wobei uns die berichtigende Bemerkung gestattet sei, daß in unserem Abendblatt infolge irrtilmlicher telephonischer Uebermittlung die Zahl der für Polen abgegebenen Stimmen um rund 90 000 zu hoch notiert wurde. Wir freuen uns, daß diese Angabe nicht stimmte und daß wir sie berichtigen können. Zwar war auch nach unseren Angaben die Mehrheit der Deutschen eine sehr beträchtliche, aber sie ist nach dem tatsächlichen Stimmenverhältnis eine viel gewaltigere.

An anderer Stelle dieses Blattes geben wir eine Uebersichtstabelle über das ober-schlesische Abstimmungsgebiet. Man wird aus ihr erkennen können, wo die eigentlichen Polenherde sitzen. Die gefährlichsten Bezirke sind die Kreise Rybnik und Biele, die den südlichsten Winkel des ober-schlesischen Landes bilden, außerdem der Kreis Tarnowitz, der im Südosten einen Teil des Industriebezirkles umschließt. In diesen Kreisen ist die polnische Mehrheit zweifellos, während in den weiter nördlich gelegenen Kreisen die deutsche Majorität eine überwältigende darstellt. Die Entscheidung ist von der ober-schlesischen Bevölkerung nunmehr gefällt. Es bleibt zu erwarten, daß sie auch von den hohen Räten der Alliierten respektiert wird.

Das ober-schlesische Wirtschaftsgesamtheit ist eine Einheit, trotz aller nationalen und sozialen Abweichungen. Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sind eng miteinander verflochten und aufeinander angewiesen. Eine Zerreißung dieses Gebietes würde eine wirtschaftliche Schädigung schmerzhaftester Art darstellen.

Nach dem Friedensvertrage soll die Interalliierte Kommission mit dem Abstimmungsergebnis aus den einzelnen Gemeinden gleichzeitig auch einen Vorschlag über die mögliche Linienführung der Grenze den alliierten Hauptmächten unterbreiten. Keine Bestimmung des Friedensvertrages sagt jedoch, daß die Mächte an diesen Vorschlag gehalten seien. Wir wissen nicht, wie er ausfallen mag, haben aber leider zum General Le Rond, dem Vorsitzenden des Ausschusses nicht das Vertrauen, daß er die unbezweifelbare deutsche Mehrheit zur Grundlage des Vorschlages machen

Dank für Oberschlesien!
Berlin, 21. März. Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk! Die deutsche Sache in Oberschlesien hat einen entscheidenden Sieg errungen. Er ist dem einmütigen Einstehen des gesamten deutschen Volkes zu danken. Die eingesehene Bevölkerung hat ungeachtet aller gegnerischen Versuche, sie dem deutschen Gedanken zu entfremden, in ihrer überwiegenden Mehrheit frei zum Vaterlande gehalten. Die stimmberechtigten Oberschlesier aus dem Reich und dem Ausland haben, erfüllt von der Liebe zur Heimat, Entbehrungen und Mühen nicht gescheut, sie sind allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz vollzählig nach Oberschlesien geeilt, um ihrer Pflicht gegen Heimat und Vaterland zu genügen. Mit größter Opferwilligkeit haben alle Schichten der Bevölkerung durch Sammlung der Grenzpende die Mittel beigegeben, um auch dem Kernsten die Reise nach Oberschlesien zu ermöglichen. Die Abstimmungsorganisationen haben durch hingebende, unermüdete Arbeit und muster-gültiges Zusammenwirken das große Werk vollenden helfen. Ihnen allen ohne Ausnahme ist der bleibende Dank des deutschen Volkes gewiß.

Der Reichspräsident Ebert. Der Reichskanzler Fehrenbach.

Der Reichspräsident hat an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln, Fürsten Hahnel, folgendes Telegramm gerichtet:

Ihr Durchlaucht spreche ich im Namen des ganzen deutschen Volkes unser aller freudige Bewunderung über das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien aus. Ist auch nach den bisherigen Berichten der Erfolg in einzelnen Kreisen durch rechtswidrige gewalttätige Beeinflussung beeinträchtigt worden, so bleibt die unumstößliche Tatsache bestehen, daß sich das ober-schlesische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit für Deutschland entschieden hat.

Ein hervorragendes Verdienst an diesem Ergebnis ist Ihrer und Ihrer Mitarbeiter aufopfernden Tätigkeit zuzuschreiben.

Ich bitte Sie und Ihre Mitarbeiter der steten Dankbarkeit der Reichsregierung und des deutschen Volkes verpflichtet zu sein.

Ebert, Reichspräsident.

Der preussische Minister des Innern hat angeordnet, daß sämtliche Dienstgebäude besetzt werden sollen.

wird. Deswegen müssen wir immer wieder darauf verweisen, daß die ober-schlesische Abstimmung eine einheitliche Abstimmung für das ganze Gebiet und nicht für einzelne Gemeinden und einzelne Kreise war. Nur eine Berücksichtigung des Gesamtergebnisses kann von uns anerkannt werden.

Nicht aus nationalistischen, wohl aber aus allgemein wirtschaftlichen und kulturellen Gründen, nicht zuletzt auch aus Rücksichtnahme auf die Arbeiterinteressen heraus, fordern wir, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland bleibe. Die ober-schlesische Bevölkerung wird dann selbst darüber entscheiden können, ob es ein selbständiger Staat im Rahmen des Deutschen Reiches werden oder als preussische Provinz weiter existieren will. Die Entwicklung seiner eigenen Kultur ist ihm auf jeden Fall gesichert. Daß ihm auch seine wirtschaftliche Lebensfähigkeit gewahrt bleibe, darüber hat zunächst leider das Kollegium von alliierten Staatsmännern zu entscheiden. Aber diesem Kollegium die Meinung des deutschen Volkes ungeschminkt zu sagen, ist unsere Pflicht, die wir gern erfüllen.

Nach der Abstimmung.

Kattowitz, 21. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Nachricht von dem Wahlsiege der Deutschen wurde in den ober-schlesischen Städten mit großem Jubel aufgenommen. Ueberall sammelten sich vor den Zeitungsläden Menschenmengen an, die die deutschen Mehrheiten in den Industriegebieten und zum Teil auch auf dem Lande mit Begeisterung entgegennahmen. Beide Parteien geben zu, wenn auch nicht öffentlich, daß der Sieg den gehegten Erwartungen nicht entspricht. Die „Grenzzeitung“ dagegen bezeichnet die Abstimmungsergebnisse als einen polnischen Sieg, indem sie darauf verweist, daß die deutsche Mehrheit durch die Städte und die Auswanderer zustande gekommen ist. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß deutsche Mehrheiten sich nicht nur in den einzelnen Städten, sondern auch in den ober-schlesischen Industrieorten befinden.

Die kommunistische Parole für Wahlenthaltung hat keinen Anklang gefunden. Im Kreise Bismarckhütte, der als Hochburg der Kommunisten gilt, war nicht nur die Wahlbeteiligung äußerst rege, sondern es ist dort auch eine starke deutsche Mehrheit zu verzeichnen.

Nach den wahrscheinlich endgültigen Meldungen wurden abgegeben:

für Deutschland 707 000, für Polen 402 000 Stimmen.
Eine polnische Mehrheit haben die Kreise Biele und Rybnik, von

denen das vorauszusagen war. Die Polen hatten hier mit einer Stimmzahl von 82 bis 95 Proz. gerechnet, das Abstimmungsergebnis brachte ihnen jedoch nur eine Mehrheit von 65 Proz. Weitere polnische Mehrheiten haben die Kreise Groß-Strehlitz und Tarnowitz. In Tarnowitz beträgt die polnische Mehrheit 10 000 Stimmen. Die Deutschen hatten hier 89,4 Proz. der abgegebenen Stimmen. Dagegen war im Kreise Groß-Strehlitz die polnische Mehrheit sehr gering, sie beträgt nur 400 Stimmen, so daß dort Deutschland einen Stimmenteil von 49 Proz. hat.

In einzelnen Orten wurden eine ganze Reihe von Stimmberechtigten verprügelt. In Deutsch-Bielar wurden zwei Mitglieder des paritätischen Ausschusses, die Gebrüder Duder, erschossen. In verschiedenen Orten wurden von Polen die Straßenbahnen angehalten, die Leute herausgeholt und die als Deutsche verdächtigten Personen verprügelt. Eine größere Zahl von Abstimmungsberechtigten mußte aus den Ortschaften mit polnischer Mehrheit unter dem Terror der Polen flüchten.

Polnische Rache.

Kattowitz, 21. März. Im ganzen Landkreis Beuthen fladern besorgniserregende polnische Krähnen auf. In Deutsch-Bielar wurden die Gebrüder Duder, der eine Mitglied des paritätischen Ausschusses, erschossen. Auf der Straße Beuthen-Mieschowitz wurde die Straßenbahn angehalten, sämtliche Leute herausgezerrt und vor den Augen der Franzosen verprügelt und schwer mißhandelt. Einige trugen einen Herzensdolch davon. Die Ortsstelle Orzegow des deutschen Plebiszitkommissariats wurde vertrieben, dreißig Personen wurden teils schwer, teils leicht verletzt. Von Hohenlinde trifft die Meldung ein, daß die Polen die Straßenbahn anhalten, Drohungen gegen die Deutschen aussprechen und mit Gefang durch die Straßen ziehen. Auf Vorstellungen beim Kreisinspektor wurde geantwortet, er habe keine Leute zur Verfügung. In Karz entmännelten die polnischen Apobeamten die deutschen Apobeamten. Die polnische Apobeamten auf die Leute ein. Heute abend zog in Beuthen eine Bande von heutig Polen in geschlossenem Zuge zum Hotel Comich. An General Le Rond wurde ein Telegramm um Hilfe gefandt. In Karbowa bei Kattowitz wurden Handgranaten geworfen. In Schoppin wurden polnische Umzüge veranstaltet, Gewalttätigkeiten gegen Deutsche verübt und die Wohnungen der Deutschen geplündert. Ein abstimmungsberechtigter Berliner wurde auf der Straßenbahn mißhandelt. Ein im Kraftwagen vorüber-fahrender französischer Offizier nahm ihn mit. Schwere französische Abteilungen sind nach Schoppin gefandt worden. Eine schwere Schießerei ist im Gange. Die Deutschen flüchten. In Josephsdorf ziehen Banden umher und drohen, die Deutschen zu erschlagen. Aus Cautschalle werden gleichfalls Zusammenrottungen gemeldet, welche schwere Gefahren für die Deutschen bedürfen lassen. Die zuständigen Kreisinspektoren sind wiederholt dringend von verschiedenen Seiten um Hilfe gebeten worden, bisher jedoch ohne jeden Erfolg.

Oberschlesische Stimmresultate.

Am letzten Abendblatt gaben wir vorzugsweise die bis dahin aus den Kreisen vorliegenden Resultate, die den besten Gesamtüberblick gewähren. Um jedoch auch einen Vergleich zu ermöglichen zwischen der Abstimmung in den Städten und den sie umgebenden Landbezirken, lassen wir hier eine Anzahl Einzelmeldungen folgen, in denen sich die Vermischung der Bevölkerung treffend widerspiegelt. Es wurden gezählt in:

	deutsche	polnische
Kattowitz	22 808	3 889
Beuthen (Stadt)	24 979	6 585
Rönigshütte	82 257	7 906
Oppeln (Stadt) rund	20 800	1 100
Tarnowitz (Stadt)	7 536	1 367
Boguslaw	5 163	6 793
Sohrau	2 353	1 036
Laurahütte	5 725	2 919
Siemianow	5 170	4 043
Hindenburg (Stadt) rund	16 000	11 000
Schwientochlowitz	6 335	5 875
Scharley	1 963	3 914
Dobrel	2 545	2 246
Pausdorf	1 392	1 542
Jaborze	8 842	6 041
Rokitnik	355	1 501
Birkenhain	882	1 910
Orzegow	1 345	2 857
Chorzow	3 296	3 037
Geobisch (Stadt)	9 894	61
Rosberg	5 085	6 138
Schlesiengrube	1 845	2 833
Hohenlinde	2 532	3 326
Gobuslawhütte	1 330	2 177
Bismarckhütte	8 046	4 393
Friedenshütte	8 595	2 512
Alpine	4 041	5 306
Mieschowitz	1 682	4 460

Weitere Terrormeldungen.

Von den vielen Terrormeldungen bürgerlicher Nachrichtenbureaus sei folgender Wolff-Bericht aus Beuthen wiedergegeben: Von zwei Gruben des Kreises Rybnik wurden 100 Arbeiter durch polnischen Terror getötet. Die Driftkisten des Kreises unterlagen unerhörtem polnischen Terror ohne jeden militärischen Schutz. Am 18. März wurde in Gadow das Automobil des Polizeikommissariats durch ein Maschinengewehr beschossen. Der Späbegleiter wurde getötet, der Führer verletzt. In einigen Orten wurden die ankommenden Wähler verprügelt. Schwerster Terror wird auch aus dem nördlichen Teil des Kreises Plesch in der Umgebung von Kitalai gemeldet; Wähler und deren Gastgeber wurden bedroht, beschimpft und teilweise verprügelt. In der Nacht zum 19. März wurde das Dorf Anhalt von einer Bande umzingelt und zwei Stunden lang beschossen, das Pfarrhaus durch drei Handgranaten schwer beschädigt. (Anhalt ergrah eine starke polnische Wehrheit. Red.) Die deutschen Mitglieder des Wahlbureaus in Radzionka (Kreis Larnowitz) legten ihre Ämter nieder, weil ihnen ihre Ermordung angekündigt wurde. Mehrere Terrorfälle werden aus dem Kreis Groß-Strehlitz, Kattowitz, Hindenburg und Gleiwitz-Land gemeldet. Zahlreiche Dörfer forderten militärischen Schutz an, da sonst die Ausübung der Abstimmung unmöglich sei.

Bestärkung in Paris!

Paris, 21. März. (U.E.) Die französische Presse ist von dem Abstimmungsresultat wie vom Schläge getroffen. (Das Bureau für Europa, dem diese Meldung entstammt, hat bisher niemals Partei genommen.) Red.) Im allgemeinen gebraucht man die Verlegenheitsausrede, daß man die aus Deutschland stammenden Zahlen nur mit größter Reserve aufnehmen dürfe und man erwartet erst für den Montagabend genaue Einzelheiten, die General de Nord in einer Depesche ankündigt. Ein Blatt behauptet, alle deutschen Großindustriellen hätten für den Fall, daß das Land polnisch würde, die Schließung ihrer Betriebe angedroht, so daß die Wähler, durch die Sorge um ihre Existenz eingeschüchert, deutsch wählen müssen. Da in Deutschland der Militärdienst nicht obligatorisch sei, habe man den Wählern eingeredet (!), daß polnisch wählen gleich wäre mit nachmaliger Eingliederung zum Militärdienst. (Polen ist doch durch die Entente zur allgemeinen Wehrpflicht gezwungen.) Fast alle Geistes (1) hätten ihre Macht gegen Polen benutzt, weiterhin habe man versprochen, alle großen Domänen zu verteilen und allen politischen Verbrechern Amnestie zu gewähren. Schließlich muß jedoch die Presse zugestehen, daß etwa 60 Proz. für Deutschland gestimmt hätten. In der Kammer erregte diese Nachricht großes Aufsehen und allgemeine Bestärkung. Man war auf alles andere eher gefaßt als auf einen solchen gewaltigen Sieg Deutschlands.

Auf der anderen Seite.

Warschau, 21. März. (U. E.) Der „Oberösterrische Palmsonntag“ ist hier völlig ruhig ohne irgendwelche Kundgebungen verlaufen; es machte sich sogar eine gewisse Entspannung nach den Aufregungen der letzten Woche bemerkbar. Abends meldeten Extrablätter den ungetrübten Verlauf der Abstimmung. Der Staatschef Pilsudski und der Ministerpräsident Bilos sind von Warschau abwesend.

Begrüßung der Heimkehrenden.

Der erste Sonderzug mit den aus Oberschlesien zurückkehrenden Abstimmungsberechtigten traf scharfplanmäßig gestern Abend um 10 Uhr 22 auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin ein. Er wurde von einer begeisterten Menge begrüßt, und Reichsanstaltler Fehrenbach sprach den Heimkehrenden den Dank des deutschen Volkes aus. Fast zu gleicher Zeit traf auf dem Sörliger Bahnhof ein weiterer Abstimmungszug ein. Dort hielt Oberbürgermeister Böß eine Begrüßungsansprache. Ueberall herrschte große Freude über den deutschen Sieg in Oberschlesien.

Sie haben es durchgemacht!

Klagenfurt, 21. März. (M.B.) Die eifrige und herzliche Anteilnahme des Kärntner Volkes an allem, was Deutschland betrifft, zeigte sich auch in dem reichen Ergebnis einer von der reichsdeutschen Kolonie in Kärnten veranstalteten Sammlung für das bedrohte Obereschlesien. Diese Grenzspende ergab bisher 800 000 Kr.

Die Internationale der Artisten.

Offener Brief an M. Billets (Paris).

Auf dem Kongreß zu Rotterdam ist die „Ligue mondiale des Organisations d'Artistes“ neu geboren. England, Belgien, Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Spanien und Skandinavien hatten Vertreter geschickt. Italien und Amerika nicht, doch werden sie an der nächsten Kongressitzung wohl teilnehmen. Man hat nur drei Tage getagt, aber mit Fleiß und Ausdauer gearbeitet und es wurde auch viel Nützliches vollbracht. Man hat über Rechtschutz, Hilfe, Unterstützung, Darlehen, Altersversicherung usw. beraten und hat zwischen den Vertretern von acht Nationen endlich die ersehnte Einigkeit und vollständige Verständigung erreicht. Gegen Ihren Willen sind Sie zum Vorsitzenden ernannt worden. Haben Sie die Kraft, solche Stelle zu bekleiden? Sie haben damit eine große Verantwortung übernommen, für die schwere Arbeit, die Ihnen bevorsteht, haben Sie jetzt schon unseren herzlichsten Dank. Sie wollen die gesellschaftliche Hebung der Korporation und die größte Brüderlichkeit unter uns allen anstreben. Sie haben in Gegenwart der Vertreter Deutschlands und Oesterreichs gesprochen, von Konorah haben Sie gehört, daß es nicht die Artisten waren, die den Krieg gewollt haben, von Sartoz, wie groß die Not bei uns ist, wie entsetzlich groß unser Elend. Sie haben jene stolzen Worte geantwortet: „Sie müssen in mir keinen Franzosen, sondern lediglich einen Vertreter der Artisten sehen, der nicht nach persönlichen Gefühlen, sondern als Vertreter der Organisation handeln will und muß.“ Also ist doch der Glaube noch nicht tot. Herrliche Kunst, wir wollen dich begründen mit den Worten von G. R. v. Weber: „Du göttliche Kunst, alles Schöne sei uns weht, welcher Himmelsstrich es auch erzeugt haben mag.“

Die internationalen Verbindungen sind wieder aufgenommen, wir wollen aber eine Internationale bekommen, welche auf solider Basis beruht. Gut!

Aus Erfahrungen der Nachkriegszeit müssen wir aber leider feststellen, daß die Wiederherstellung internationaler Beziehungen seinen Grund heute noch immer und allem in dem blindwütigen Haß von Franzosen findet. Wir wandern hinaus . . . bergauf, bergab. Die junge Sonne breitet die strahlenden Arme um die erwachende Welt. Ein frühlingswarmes Wiedersehen . . . aber rauch weht noch der Wind. Eine Lage und Anlage geht durch die Erde — unaufhörlich weiter! Kann das die harte Lage ändern, kann es helfen? Wir erblicken in unserer Kunst eine blühende lebende Göttin. Wenn der Mensch sich aus der Misere des Lebens in friedlicher Gesinde zu retten wünscht, kommt er zu uns. Dumont, Sekretär des R. L. B., schloß seine Rede: „Wir wollen in Frieden leben, nur von unserer Kraft, nichts geschenkt haben, leben nur von dem Ertrag unserer Arbeit.“ Und Sie, M. Billets, haben uns die Verteidigung unserer Interessen und die gesellschaftliche Hebung der Korporation verheißen. Kögen Ihre Worte nicht leere Worte

Das Spiel mit Arbeiterleben.

Der Propagationsfeldzug der „Roten Fahne“ geht ungebrochen weiter. Mit Aufrufen von ungeheurer Maßlosigkeit sucht das Kommunistenblatt seine Leser in einen Taumel der Unzurechnungsfähigkeit zu hegen. So schreibt in der Montag-Abendausgabe ein in Resenstättener Quier über die Seite gedruckter Aufruf: „Schon mühen in Mitteldeutschland die Bluthorden Hörings“. (Bisher ist kein einziger Schutzgefallener Red. d. „Vorwärts“.) „Arbeiter! Ihr könnt nicht warten, bis die Nordgesellen der Gegenrevolution Euch zu Tausenden abschlagen! (s. o.) Sorgt dafür, daß den Orgeschunden die bewaffnete Macht des Proletariats gegenübersteht!“ An diesen drei Spalten breiten Aufruf schließt sich noch ein zweispaltiger, der wiederum auffordert „Mit der Waffe in der Hand die Gegenrevolution zu schlagen“. Diese Waffenauftrufe werden serbisch in einer Umrahmung widerstehender Schimpfereien gegen die sozialistischen Parteien. Weder diese Aufrufe noch die der vorigen Nummern sind von irgendeiner Stelle gezeichnet. Wir können uns zu eigen machen, was die „Freiheit“ hierüber und über die gesamte R.P.D.-Taktik bemerkt, die schreibt:

Niemand hat also anscheinend den Mut, die Verantwortung dafür zu übernehmen, was aus dieser Aufforderung zum Putsch folgt. Es handelt sich also nicht um die Führung der Arbeiterschaft zur revolutionären Erhebung, sondern um die blutige Hege unverantwortlicher Subjekte und anonymen Feiglinge. Jede politische Partei und jede andere Organisation der Arbeiterklasse, die ihre Gefolgschaft zum Kampf aufruft, pflegt ihre Aufforderungen verantwortlich zu zeichnen und die Personen zu nennen, die hinter dieser Aufforderung stehen. Das vermeidet die „Rote Fahne“ und die R.P.D. Diese Methode unterscheidet sich in der Tat nicht mehr von den Gewohnheiten der Kahlhirschenjungen.

Aber was ist geschehen? In Deutschland nichts, was ein derartiges Vorgehen begründet erscheinen lassen könnte. Die Rüstungen der Reaktion sind nicht neu und sie tragen in jüngster Zeit keine Merkmale unmittelbarer Gefahr zur Schau. Nur politische Karren können sich durch diese Bewegung von einigen Hundertschaften Stipo in einen solchen Zustand der Unzurechnungsfähigkeit versetzen lassen. Dagegen scheinen in Rußland Dinge vorzugehen, die es den russischen Oberbefehlshabern der kommunistischen Bewegung zweifelhaft erscheinen lassen, legendenwo in der Welt einen Brand zu stiften. Führt sich der neue Parteivorstand verpflichtet, seine und seiner Vorgänger großmütige Versprechungen einzulösen durch ein halsbrecherisches Spiel? Ist dem so, dann finden wir es begreiflich, daß dieser neue Parteivorstand zwar das Leben von Arbeitern leichtfertig aufs Spiel setzt, den eigenen Hals aber in Sicherheit bewahrt, indem er in anonymen Aufrufen pulst und in einer Fülle von ebenso anonymen Zeitungsnutzen sichert und hegt.

Auch uns erscheint unzweifelhaft, daß diese ganze Hege auf „höheren Befehl“ von Leuten erfolgt, die von der deutschen Situation keine Ahnung haben. Denn es ist doch gar zu auffällig, daß die „Rote Fahne“ seit einer Woche unausgesetzt über das „Wüten von Nordhorden und Bluthorden“ kreischt, während tatsächlich gerade die letzte Zeit ohne den geringsten blutigen Konflikt verlaufen ist. Die Sache in Mitteldeutschland ist an den Haaren herbeigezogen, um den Schein eines Vorwandes zu haben, das zeigt auch die neueste Blüte des Schimpfepetitors: „Der orgeschaffere Hanswurst Covering und der neue Bluthund Hörings“ (Wer seinen Tropfen Blut vergossen hat! Red. d. V.)

Wir wiederholen immer wieder: Moskau braucht Weisheit! Die R.P.D. hat den Befehl des Exekutivkomitees, in den nächsten Tagen oder Wochen blutige Zusammenstöße in Deutschland herbeizuführen. Da den gewissenlosen Schergen Moskows niemand den Vorwand liefert, so suchen sie einen Akt der Regierung durch tägliche Gefehesverhöhnung wie die fortgesetzten Aufrufe zur Bewaff-

bleiben. Wir möchten nicht wieder eine Enttäuschung erleben. Ihnen unser volles Vertrauen und unsere herzlichsten brüderlichen Wünsche. Glückauf! Kapellmeister B. Murgilli, Kassel.

Das Zweimark-Einsteckgeld für die Berliner Museen wird nun doch, trotz des Widerspruchs der Berliner Museumsleiter und trotz des Protestes fast der gesamten öffentlichen Meinung vom 1. April an — zunächst — probeweise auf ein Jahr — erhoben werden. Die Sonntage und so ein Bogenstag (für Nationalgalerie und Kronprinzenpalais zwei Bogenstage) bleiben frei. Das zukünftige Schlossmuseum (Kunstgewerbemuseum) wird sich aber auch für den Sonntagsbesuch 1 Kr. zahlen lassen. An den Rekrutierungstagen, an denen die Sammlungen bisher geschlossen waren, soll von jetzt ab, und zwar gegen Zahlung von 3 Kr., der Zutritt gestattet werden. Das ganze ist, wie man sieht, eine sehr komplizierte Angelegenheit, und die Berliner Kunstfreunde werden gut tun, sich einen Museumstafelner anzulegen. Ueber die voraussichtliche Höhe der Einnahmen läßt sich nicht das geringste sagen, denn bisher hat keine Berliner Museumsdirektion — mit Ausnahme der des Kronprinzenpalais — es für nötig befunden, die Zahl der Besucher an den einzelnen Tagen festzustellen. Doch die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern aber gegenüber den 218 Millionen, die der preussische Staat für die Berliner Museen jetzt jährlich zu zahlen hat, ganz verschwindend klein sein müssen, unterliegt keinem Zweifel. Die Einwände, die wir gegen das Zweimark-Entree erhoben haben, sind bisher in nichts anfräht worden. Unser Protest gegen die absolut unsoziale und futurfeindliche Maßnahme bleibt bestehen.

Eugen Kloepper als Scholod. In Reinhardts Zirkustheater wurde am Sonnabend ein neuer Scholod erprobt; neben Krauß stellt Kloepper jetzt den Juden dar. In neuerer Zeit ist er immer mehr im „Kaufmann von Benedig“ dominierend geworden und überdüstert die hellere aristokratische Welt, die für Shakespeares Zeit der sonangebende Teil des Dramas war. Als Vertreter der Gedrätzten und Rißhandelten ist er die große Trampete der Anlage, der Dämon des Hasses und der Rache geworden. So ist er seit Dawsons Zeiten, der ihm zunächst die aktuelle Note gab, immer mehr ausgebaut worden. Baffermann, Wegener, Schildkraut haben die Natur herausgearbeitet und grandios gestaltet. Krauß und jetzt auch Kloepper folgen darin dem Topus. Der Raum des Großen Schauspielhauses erfordert die Uebersetzung dieser Einstellung und führt zu weiterer Vergrößerung. Herr Kloepper beherrscht mit seiner alten Tonlagen gerechten Stimme das Theater und wird überall verstanden. (Die Forgia und manche anderen wirken vielsach nur nach pantomimisch). Dann hat er auch die traustolle, mächtige Gestalt und die große Geste. Aber er wird dafür auch maßlos, in dem Spiel mit dem Stab, den er in seiner Wut über seinem Kopf zerbricht. Den Scholod vor Gericht spielt er stark gealtert. Und hier springt auch seine eigene Auffassung heraus: er gibt den Kämpfer für das Recht, den bis zum Panonismus, bis zur Blutgier unerblühten, der auf den Buchstaben des Gesetzes pocht. Hier hatte er in seinen vermittelten Rügen etwas, das an Doumiers „Hünen des Gerichts“ erinnert. Schade, daß die große Anlage nicht die feine Ausarbeitung trägt. Man müßte, um Herrn Kloepper als Scholod beurteilen zu können, ihn in kleinerem Rahmen sehen. Im Großen Schauspielhaus haben die den großen Dimensionen wirklich gewachsen alle die Elefantastis.

nung zu erzwingen. Die „Rote Fahne“ erstrebt schärfere Regierungsmaßnahmen gegen die R.P.D., um sie mit Protestationen beantworten zu können. Für diese hegt sie schon heute ihre Anhänger in einen Taumel blinder Raserei, so daß sie alsbald der Egzeisse unbesonnener und unreifer Elemente sicher ist. Auf diese Weise gelangt sie zu dem ersehnten Blutvergießen.

Und zu solchem frevelhaften Spiel sollen sich die Arbeiter als blinde und stumme Werkzeuge hergeben! Sie sollen ihr Blut opfern für unfähige und hinnerbrannte Führer, weil diese mit ihrer verfahrenen Taktik am Ende ihres Lateins angelangt sind und den einzigen Ausweg in einem Werloch sehen! Welleicht erkennen jetzt einige Leute in der R.P.D., wohin die Reise geht.

Provokation auch in Hamburg.

Hamburg, 21. März. (Eigener Drohtbericht des „Vorwärts“) Die von der „Rote Fahne“ ausgegebene Parole der Bewaffnung der Kommunisten zum Sturz der Regierung wird auch in Hamburg von der Hamburger R.P.D. aufgenommen. In einem Aufruf an der Spitze der heutigen „Hamburger Volkszeitung“ wird aufgefordert, zu Laten zu schießen, die Arbeiterschaft solle sich Waffen verschaffen und in den Generalstreik treten; es wird weiter zu einer Massenkundgebung am Mittwoch aufgefordert, die „Leine leere Demonstration“ sein soll, sondern „hinterher Latein selbst sehen“ müsse. Danach haben auch die Kommunisten Hamburgs vor, der Parole der Zentrals in Berlin zu folgen. Es bleibt aber mehr als fraglich, ob sich die Hamburger Arbeiterschaft zu solchem Verstand verleiten lassen wird. Schon bei der letzten Massenkundgebung der Kommunisten Hamburgs war die Beteiligung ganz miserabel, und auch in Hamburg deuten die Anstrengungen der Kommunisten in der Presse und mit dem Munde an, als ob es notwendig sei für sie, mit allen Mitteln für ihre Partei Reklame zu machen. Es ist nur sehr bedauerlich, daß gegebenenfalls die Arbeiter die Kosten hierfür zu bezahlen haben.

Wie die „Rote Fahne“ mittelst, ist der Kommunistenführer Friesland in Berlin verhaftet worden. Ueber die Gründe ist nichts bekannt. Der Kommunistenführer Deow sollte nach der „Rote Fahne“ gleichfalls verhaftet werden, ist aber entlassen.

Unheilbare Widersprüche.

In einem Beitrage der „Rote Fahne“, betitelt „Die militärischen Aufgaben der R.P.D.“, erklärt Max Libert, daß es nicht der Zweck der R.P.D. sei, eine Rote Armee zu organisieren. „Denn diese Rote Armee, die wir im günstigsten Falle illegal organisieren könnten, sie würde immer nur ein schwaches Gebilde sein gegenüber der wohlorganisierten militärischen Macht der Kontrevolution. Sie würde zweifellos bei allen Auseinandersetzungen mit der wohlorganisierten Macht der Kontrevolution unterliegen. Jeder Kampf, in den sich eine illegal organisierte Rote Armee mit den militärischen Organisations der Kontrevolution einlassen würde, wäre von vornherein verloren. Deshalb organisiert die R.P.D. keine Rote Armee.“

Direkt neben diesem Artikel steht ein seitgedruckter Aufruf, in dem es heißt:

„Nur das Proletariat allein kann die schändlichen Absichten der Orgeschunden zunichte machen. Es kann dies nur tun, wenn es sich einzig zusammenschließt zur Aktion, wenn es den sozialverräterischen Schwärzern den Baupfah gibt und die Gegenrevolution so schlägt, wie diese allein geschlagen werden kann, mit der Waffe in der Hand!“

Welches von beiden ist nun die wirklich Ansicht der „Rote Fahne“ in der R.P.D.?

Eine Kundgebung für Stözel. Die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlin“ hat an den Braunschweiger Landeslehrer Dr. Stözel eine Kundgebung ergehen lassen, in der sie mit Entrüstung von dem reaktionären Reskretreiben gegen Stözel sowie von der politischen Färbung des Prozesses gegen ihn Kenntnis nimmt. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet eine sofortige Amnestierung Stözels und fordert vom Braunschweiger Landtage scharfe Maßnahmen gegen die Wiederholung derartiger Landtagsprozesse.

Die 7. Milagroweranstaltung des Schauspielhauses war den Balkanländern gewidmet. In einem Vortrag „Der Balkan“ gab Hermann Riensl einen kurzen Abriss der Literaturen der Balkanländer und verweilte am längsten bei Rumänien, dessen soziale Schichten er lebhaft schilderte. Auch in den rumänischen Dichtern (deutsch von Mite Kremnig), die eindrucksvoll von Kathilbe Sussin wiedergegeben wurden, kamen diese kulturellen Zustände stark zum Ausdruck. Margarete Rott trug serbische Dichtungen mit feinem Ausdruck und guter Wirkung vor. Ueber Bulgarien sprach Riensl leider nur wenig und verweilte hier den großen Dichter Penkisch o Slaveitoff mit seinem Vater Petko Slaveitoff, der der Verfasser vieler Volkslieder war. Hier hätte mehr gesagt werden können. Die Uebersetzungen von Müller, von Ernst Vogel mit gutem Verständnis vorgetragen. Neben sich selber in eine oftmals sehr unzulässige Sprache. Zwei Szenen aus der Tragödie „Die Kaiserin des Balkan“ waren gut in der Uebersetzung von Stümas und festlich die Hörer. Griechenland Dichtung war nur mit zwei Darbietungen weit vertreten, während von Bosnien ein Volkstümchen guten Anklang fand. Stimmungsvolle, kanarische Zigeunerweisen, von Georg Riehlstädt und Heinz Gühofen wirkungsvoll vorgetragen, bildeten den Abschluß.

Ein Riesenstern. Bereits seit geraumer Zeit ist es für die Astronomen der alten Welt schwer, wenn nicht unmöglich, mit ihren amerikanischen Nachkommen Schritt zu halten. Die unbegrenzten Mittel, die in den Vereinigten Staaten für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung stehen, haben es mit sich gebracht, daß gewisse Leistungen der beobachtenden Astronomie nur noch von amerikanischen Sternwarten erwarret werden können. So laßt jetzt aus der Amerikanischen Gesellschaft zur Beförderung der Wissenschaften in Chicago ein Bericht über einen Vortrag vor, der besonders erwähnenswert ist. Er beschäftigt sich, wie die „Morgen“ mittelst, mit der Bervollkommnung einer Erfindung der Sternburamesser, einer Methode, die von dem bekannten Nobel-Preisträger Prof. Albert Michelson von der Universität Chicago herrührt. Der Gelehrte wachte seine neue Methode auf einen Stern im Bilde des Orion an, dessen Entfernung bereits früher parallaxisch bestimmt wurde. Michelsons Messung ergab, daß dieser Stern einen Durchmesser im dreihundertfachen Ausmaß unserer Sonne und einer Umlauf etwa von der Größe der Marsbahn hat. Stünde uns dieser Fixstern so nahe wie die Sonne, so würde er den ganzen sichtbaren Himmel bedecken. Sein Rauminhalt ist 27 000 000mal so groß wie der der Sonne. Diese Dimensionen lassen die Körper in unserem Sonnensystem winzig klein erscheinen und geben uns einen Begriff von Himmelsriesen, deren Größe bisher unermesslich und unvorstellbar gewesen ist.

„Ander als die anderen.“ Der japanische Arzt Dr. Miq. deca aus Tokio gab auf dem in Wiesbaden tagenden Kongreß der Panerologischen Gesellschaft des deutschen Wäbarverbandes eine Erklärung im Namen der japanischen Ärzte ab, in der es heißt, daß die japanischen Ärzte nach wie vor von tiefer Sympathie und Bewunderung für die deutsche Medizin und ihre Träger erfüllt seien, und daß sie mit irgendwelchen Maßnahmen, die andere Nationen oder einzelne Angehörige gegen deutsche Ärzte ergreifen hätten, nichts zu tun haben. Dies gelte nicht nur für die japanischen Ärzte, sondern auch für die japanische Regierung.

Groß-Berlin

Der Bestätigungsstempel

Sabotage der Groß-Berliner Verwaltung.

Seit Monatsfrist ist der Oberpräsident damit beschäftigt, die ihm unterbreiteten Bezirksamtsverträge zu bestätigen. Wochen vergingen, ehe überhaupt über das Schicksal der gewählten Bezirksämter etwas zu erfahren war. Erst als die öffentliche Kritik im steigenden Maße einsetzte und sich deshalb andere Einflüsse im Oberpräsidium geltend machten, wurden die ersten Bezirksämter bestätigt. Bisher sind es 7 oder 8 von 20. Ueber das Schicksal einer Reihe von Bezirksämtern liegt völliges Dunkel. Eine vom Oberpräsidium inspirierte Korrespondenz wußte wiederholt zu berichten, daß die Rückfragen über die Gewählten infolge der unzulänglichen Akten zu lange Zeit in Anspruch nähmen und dadurch die Bestätigungen hinausgezögert würden. Nach unserer Kenntnis trifft diese Mitteilung auf eine Reihe von Bezirksämtern nicht zu. Ueber den wahren Grund der Hinauszögerung der Bestätigung hat der Oberpräsident noch keinerlei Mitteilung gemacht. Es wird lediglich die Nachricht verbreitet, daß die Bezirksämter ohne juristischen Begegnen nicht bestätigt werden sollen. Wäre das die Absicht des Oberpräsidenten, so hätte er längst die Pflicht gehabt, diese Auffassung die in Frage kommenden Bezirke wissen zu lassen.

Statt dessen wird die Inbetriebsetzung der Groß-Berliner Verwaltungsmaschinerie in unverantwortlicher Weise verschleppt. Denn damit, daß 7 oder 8 Bezirksämter bestätigt sind, ist der Sache im allgemeinen wenig gedient.

Nach § 25 Abs. 2 des Gesetzes Groß-Berlin hat bekanntlich der Magistrat die Vorsitzenden der Bezirksämter über die Abgrenzung der Verwaltungsbefugnisse zwischen den städtischen Körperschaften und den Bezirksverwaltungen in gemeinsamer Beratung zu hören.

Solange dies nicht geschehen ist, kann auch in den bestätigten Bezirksämtern eine nennenswerte Tätigkeit nicht entfaltet werden; das sollte auch der Oberpräsident wissen.

Die Art, wie bisher die Bestätigungsgeschäfte geführt worden sind, läuft auf eine schwere Schädigung der Gesamtgemeinde hinaus. Uns liegen Beschwerden aus einer Reihe von Berliner Vororten vor, wonach die dringlichsten Wünsche der Einwohner nicht berücksichtigt werden, weil keine zuständige Stelle mehr vorhanden ist, die auf deren Erledigung drängt.

Wom Berlin Magistrat ist den Beschwerdeführern und Petenten wiederholt geantwortet worden, daß ihre Sache von dem Bezirksamt erledigt werden müsse. Da nun ein Bezirksamt nicht besteht, der Oberpräsident es auch nicht gerade eilig hat, das Zustandekommen eines solchen zu fördern, schweben wichtige Fragen geradezu in der Luft. Eigentlich wäre es längst Pflicht des Magistrats gewesen, sich mit aller Schärfe gegen die ungeschehene Verschleppung des Zustandekommens der Bezirksämter zu wenden, muß er doch in allen Zweigen der Verwaltung die Inhaberkraft des gegenwärtigen Zustandes am meisten empfinden. Langsamer hat das ehemalige mit einem Reaktionsären besetzte Oberpräsidium auch nicht gearbeitet. Es hatte noch den Vorzug, daß es mit seinen reaktionsären Maximen nicht hinter dem Berge hielt.

Wir fragen, will der demokratische Oberpräsident nicht wenigstens die Öffentlichkeit wissen lassen, ob und wann die Groß-Berliner Verwaltung mit seiner Genehmigung in Gang gesetzt werden kann? Eine klare Antwort auf unsere Frage halten wir für dringend notwendig.

Das könnte ihnen so passen.

Die Ortsgruppen der kommunalpolitischen Vereine, namentlich des W.A.S., möchten, daß ihre wohlhabenden Orte aus dem Verband der neuen Stadtgemeinde wieder ausscheiden. Und weil das nicht so einfach ist, sich von den sozialen Lasten zu drücken, die ihnen gleich ihren Mitmenschen durch die Folgen des Krieges aufgebürdet sind, beschließen sie Eingaben an den preussischen Landtag, ihren

Ort wieder aus dem Verband der neuen Stadtgemeinde herauszunehmen. Das Schicksal ihrer Volksgenossen kümmert sie wenig, wenn nur sie als wohlhabende Bürger des Westens ein sorgenloses Dasein führen können. So leicht wird es den Herrschaften aber nicht gemacht werden, auf Kosten der Allgemeinheit wieder aus der Reihe zu tanzen, selbst wenn sie ihre Sonderwünsche reklamehaft durch eine mit den „Los von Berlinern“ sympathisierende Korrespondenz eines volksparteilichen Stadtverordneten schreiben.

Uebrigens findet die „Los von Berlin“-Bewegung, die von der wohlhabenden Bevölkerung westlicher Vororte ausgegangen ist, dort keineswegs allgemeinen Beifall. In Wannsee haben unsere Parteigenossen sich gegen diese von reaktionärer Seite geführte Bewegung gemehrt, und mit Zustimmung einer beträchtlichen Zahl von Einwohnern der Gemeinde ist jetzt an den preussischen Landtag eine Eingabe gerichtet worden, die sich entschieden gegen die Loslösungsbestrebungen ausspricht. Die Eingabe verkennt nicht die Schwierigkeiten, die sich für Wannsee daraus ergeben, daß es in den Verwaltungsbezirk Zehlendorf einbezogen worden ist und hiermit zu der neuen Gemeinde Berlin gehört. Sie erklärt aber, daß die sozialistische Arbeiterschaft der Gemeinde die Bewegung gegen Berlin, die nur eigensüchtige steuerpolitische Beweggründe hat, aufs schärfste bekämpfen wird.

Die Vorkommission im Osthafen.

Der Verwaltungsrat für Häfen und Schifffahrt beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit verschiedenen Anträgen des Betriebsrats im Osthafen, darunter auch mit einer Eingabe, worin der Betriebsrat behauptet, durch die Art der Unternehmung über die Diebstähle im Osthafen und ihrer Bekämpfung in der Öffentlichkeit sei seine Ehre in den Schmutz gezogen. Die Unternehmung der Staatsanwaltschaft habe gegen ihn kein Ergebnis gehabt und er verlange daher jetzt, daß dieses Ergebnis der Öffentlichkeit mitgeteilt und ihm Gelegenheit gegeben werde, sich voll zu rechtfertigen. Der Verwaltungsrat beschloß, wie berichtet wird, über diese Eingabe zur Tagesordnung überzugehen und jede Verhandlung über diese Frage mit dem Betriebsrat abzulehnen. In der Aussprache wurde betont, daß der Betriebsrat sich während der Unternehmung, namentlich in seinen ersten Angaben über die Diebstähle und die dagegen eingerichteten Ueberwachungsmaßnahmen, nicht einwandfrei benommen und kein Recht habe, die öffentliche Kritik als unangebracht zu bezeichnen, wie jede öffentliche Einrichtung, unterstehe auch er der öffentlichen Kontrolle. Insbesondere gebe der Ton der Eingabe des Betriebsrats dem Verwaltungsrat keine Veranlassung, darauf näher einzugehen. Es wurde ferner mitgeteilt, daß die Zustände auf dem Osthafen jetzt dank der strenger betrieblichen Leitung besser geworden seien; auffälligerweise sei auch die Zahl der Kranken von durchschnittlich 40 auf 13 zurückgegangen.

Der Mörder aus der Malplaquetstraße

Ist gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Kriminalkommissar Legtmeyer ließ im Laufe des Tages seine Angaben über das Verbleib des geraubten Geldes und der Schmuckstücke nachprüfen und fand sie bestätigt. Kappe hatte im ganzen 6800 M. erbeutet. Er brachte heimlich alles nach dem Hausboden, der zu der Wohnung seiner Eltern gehört und versteckt es dort unter einer Diele. So oft er Geld brauchte, holte er von Zeit zu Zeit kleinere und größere Beträge unbemerkt aus dem Versteck heraus. Unter der Diele fanden die Kriminalbeamten noch 8350 M. und die Schmuckstücke, von denen der Mordmörder noch kein Stück zu Geld gemacht hatte, weil er noch über bares Geld verfügte.

Sauerlohtonne und Einbrecher auf der Falltür.

Gestern abend hörten Bewohner des Hauses Michaelkirchplatz 10 Geräusche hinter einer eisernen Kellertür und benachrichtigten die Schutzpolizei. Nach gewaltsamer Öffnung der Kellertür durch Beamte verließen diese, auf einer Wendeltreppe nach den im Vorterrasse gelegenen Räumen der Kolonialwarenhandlung von Emil Hecht zu gelangen, was ihnen aber nicht gelang, da die Einbrecher eine Tonne Sauerloht auf die Falltür gerollt und sich selbst darauf gestellt hatten. Erst nachdem man noch zwei Beamte herbeigezogen hatte, konnte die Tür gehoben werden. In dem Laden nahm man zwei Männer, den 30jährigen Monteur Veitke und den 21 Jahre alten Monteur Alexander Hermelin aus Barchau fest. Man fand bei ihnen außer Einbrecherwerkzeugen auch einen Dolch.

Stadtbaurat Jizler,

der seit Januar 1917 dem Magistrat Reutköln angehört, wird bereits Anfang April einem Rufe nach Mannheim als erster Baurat Folge leisten. Der Weggang Jizlers bedeutet nicht allein für Reutköln, sondern auch für Berlin einen Verlust. In den 3 1/2 Jahren seiner Wirklichkeit hat Jizler einem Erforschen der gemeindlichen Bauaktivität die Wege geebnet; sein großzügiges Wohnungsprogramm konnte er wegen der bekannten Finanznot leider nur zum Teil durchführen. Immerhin hat er die Wohnungsbaugruppen in der Wegertstraße, in der Köpenicker Heide und vor allem die Siedlung am Dammweg zur Ausführung gebracht. Und in den großen Erweiterungsarbeiten des Budower Krankenhauses sowie dem Neubau des Sänglings- und Mutterheims, dessen Eröffnung in kommunalen und medizinischen Kreisen mit Spannung entgegen gesehen wird, hat sich Jizler ein bleibendes Verdienst erworben.

Wofür dem scheidenden Baurat aber das ehemalige Reutköln zu besonderem Dank verpflichtet ist, sind dessen kostlose Bemühungen am Aufbau der Regiebetriebe. Durch Umwandlung dieser Regiebetriebe in eine kommunale G. m. b. H. hat Jizler die soziale Schöpfung in eine Wirtschaftform gebracht, die den gemeinnützigen Charakter wahr, der sie gleichzeitig aber auch in die Lage setzt, die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft aufzunehmen. Unter seiner Leitung haben sich diese Betriebe trotz der Unsicherheit in der Bauwirtschaft gut entwickelt; sie werden der neuen Stadtgemeinde Berlin um so mehr zum Nutzen gereichen, je mehr die Betriebe Gelegenheit haben, sich zu festigen.

Wir bedauern das Scheiden Jizlers als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stadtbaugesellschaft. Er hat die Berufung nach Mannheim nicht nur angenommen, weil er damit wieder in seine süddeutsche Heimat zurückkehrt, sondern weil er glaubt, daß das Wirken in einer zukunftsreichen geschlossenen Stadt für ihn dankbarer ist als in einem Ausschnitt von Groß-Berlin, der durch die Eingemeindung seine Selbstständigkeit gerade in den grundsätzlichen Fragen des Bau- und Siedlungswezens verloren hat.

Eine Bande von Kircheneinbrechern

haust seit einiger Zeit in der Umgegend von Berlin und in der Mark. In der näheren und weiteren Umgegend von Berlin suchte sie zuletzt die Kirchen in der Köpenicker-Linden-Straße in Dabitz, in Dabitzstraße und Fredersdorf heim. In der Provinz die Kirchen in Schöneberg im Kreise Ost-Sternberg, in Schwiebus, in Alt-Biegen in der Neumark und in Freienwalde. Die Leute in Dabitzstraße wurde den Einbrechern von einem Straßbahnschaffner wieder abgejagt. Dieser hatte beobachtet, daß zwei Männer an der Endhaltestelle der Linie 78 in Tempelhof einen gefüllten Sack niedergelegt und sich dann entfernt hatten, als sie ihn kommen sahen. Wenn Anzeichen nach hat man es mit einer Berliner Bande zu tun, die von hier aus planmäßig ihre Beutezüge unternimmt.

Fliegerunfall.

Ein Akrobat schwer verletzt.

Auf dem Flugplatz in Johannisthal wurden gestern nachmittags eine Reihe von Schauspielen gezeigt, bei denen ein Akrobat Rolando die waghalsigsten Kapriolen ausführte. So kletterte er trotz des böigen Windes und der großen Geschwindigkeit des für diesen Zweck nur noch dürftig hergerichteten Doppeldeckers in das Frachtfeld, zeigte sich freistehend auf dem Rumpfe und anderes mehr. Blötzlich hatte es den Anschein, als ob die Maschine dem Steuer nicht mehr gehorchte, sie begann sich zu drehen und stürzte dann über Kopf und Flügel ab, so daß sich der Rumpf über die linke Tragfläche schob.

Während der Führer unversehrt blieb, hatte Herr Rolando den rechten Arm gebrochen und auch anscheinend schwere innere Verletzungen davongetragen.

In den Provinziallandtag sind in den Kreisen Niederbarnim, Teltow und Weeslow folgende Genossen gewählt worden: Lehrer Beckthal-Drantsburg, Max Singer-Kowawes und Will Drügemüller-Weeslow.

ihn auf den Fußboden. Er lief auf den Hof zum Vater und setzte sein Treiben fort.

„Was sagt er?“ rief Lars Peter von draußen. „Ach, das ist ein Wort, auf das er selbst verfallen ist — das macht er so oft. Er glaubt sicher, daß es etwas Unartiges bedeutet.“

„Dunke — Dunkel!“ rief der Junge und zog den Vater am Bein.

„Bist du dich wohl in acht nehmen, du Knirps, sonst werd' ich dir . . .“ sagte Lars Peter, den Schwarzen Mann spielend.

Der Junge lachte ausgelassen und floh hinter die Bümpe. Lars Peter fing ihn ein und nahm ihn und Schwester auf seine Schultern. „Wollen wir einen Gang aufs Feld machen?“ fragte er.

Stine und Christian gingen mit; war es doch der letzte Spaziergang dorthin. Unwillkürlich erfaßte jeder einen Zipfel von Lars Peters Wams. So wanderten sie den alten Weg über die Behmgruben, am Moor vorbei, nach der andern Seite hinüber. Es war doch ganz seltsam: alles sah jetzt, wo sie Abschied davon nehmen sollten, ganz anders aus. Das Moor und die Behmgrube hatten so viel zu erzählen, von den Spielen der Kinder und Lars Peters Plänen. Der Graben mit den Brombeeren, der große Feldstein an der nördlichen Grenzheide, der Steinarg, hinter dem man sich voreinander verstecken konnte — alles sprach heute auf eigentümliche Art zu ihnen. Auf den Feldern war die Herbstbestellung beendet, die Winterfaat lag in der Erde, alles war in Ordnung, den Nachfolger zu empfangen, wer es nun auch sein mochte. Lars Peter wollte nicht, daß der neue Besitzer über irgend etwas zu klagen hätte. Niemand konnte sagen, er habe das Besitztum vernachlässigt, weil er selbst hier nicht ernten sollte.

„So, hier ist unsre Zeit also vorbei,“ sagte er, als sie wieder zum Hause zurückkehrten. „Gott weiß, was unser neues Heim uns bieten wird!“ Seine Stimme klang nicht mehr so sicher wie früher.

Drüben auf der Landstraße sammelten sich die Leute an. In Gruppen standen sie da oben und kamen erst zum Elsternest herab, als der Amtsgeselle und der Postgebiener eingetroffen und aus dem Wagen gestiegen waren. Stine schrie beinahe auf, als sie die beiden Männer sah; es waren dieselben zwei, die damals die Mutter geholt hatten. Aber heute kamen sie mit einem besseren Auftrag, und sie redeten freundlich und gemächlich.

(Fortf. folgt.)

Stine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Nexö.

Und nun nahmen sie Gegenstand für Gegenstand nochmals vor. Ueber den großen Klaus einigten sie sich ohne weiteres; es wäre ein Unrecht gewesen, ihn auf seine alten Tage fremden Leuten zu überlassen; sie mußten eben versuchen, ihm da draußen in den Dünen Futter zu verschaffen. „Es ist auch unangenehm, wenn man Fuhrwerk hat,“ meinte Lars Peter; „das verleiht gewissermaßen mehr Ansehen. Und etwas kann wohl auch mit ihm verdient werden.“ Das waren freilich nur lauter Worte, im Herzen machte er sich große Sorgen darüber, wie es drüben mit dem Pferde werden sollte. Aber keiner von beiden wagte es, den Gedanken zu Ende zu denken, daß sie sich von ihm trennen sollten.

Um die Kuh dagegen wurde regelrecht gekämpft, Lars Peter wollte auch sie mitnehmen. „Sie hat uns so lange treu gedient,“ sagte er — „und die Kleinen haben ihr Nahrung und Gesundheit zu verdanken. Und schön ist es auch, einen Tropfen Milch im Hause zu haben.“ Aber hier war Stine die Vernünftige; wenn sie die Kuh mitnahm, mußten sie auch ein Stück Wiesenland dabei haben.

Lars Peter lachte: „Ja, das wäre gar nicht so dumm, wenn man ein Stück Wiese auf den Wagen aufladen könnte — und auch ein Stück Moor! Denn da draußen was nichts als Sand. Nun, dann gab er also die Kuh auf. „Aber das Schwein behalten wir — und die Hühner auch!“

Stine war gleichfalls der Ansicht, daß es gut sei, ein paar Hühner zu haben, und das Schwein konnte von Fischabfällen leben.

Am Tage vor der Auktion ordneten sie emsig all das alte Gerümpel und schrieben mit Kreide Nummern auf die einzelnen Bündel. Die Kleinen halfen dabei, vor Spannung ließen ihnen die Nasen.

„Aber da sind ja Sachen dazwischen, die nicht zusammengehören,“ sagte Stine und zeigte auf die Bündel, die Lars Peter zusammengepackt hatte.

„Es kommt nicht so genau darauf an,“ erwiderte Lars Peter. „Die Leute bemerken einen Stiefel in dem einen

Bündel und dann bieten sie und kaufen den ganzen Kitt. Dann sehen sie den zweiten Stiefel in einem anderen Bündel — und bieten auch darauf. So ist es auf allen Auktionen. Man kriegt ein gut Teil mehr, als man gebrauchen kann — und das meiste gehört nicht zusammen.“

Stine lachte: „Ja, du kennst die Sache, du!“ Der Vater hatte selber die schlechte Angewohnheit, Auktionen zu besuchen und mit wertlosem Gerümpel nach Hause zu kommen. Der Kredit lockte.

Wieviel Schund sich da übrigens im Laufe der Jahre auf den Speichern und in den Wirtschaftsräumen ansammelte! Es tat wohl, einmal aufzuräumen. Die Kinder konnten das meiste für ihre Zwecke verwenden; sobald sich eine Gelegenheit bot, zogen sie — wie die Ratten — mit den Sachen ab.

Der Tag der Versteigerung war gekommen. Ein milder, grauer, mit Nebel gesättigter Oktobertag. Die weiche Luft war wie durchsichtiger Stoff, der sich auf alle Dinge herabsenkte und sie einschloß. Die Landschaft mit ihren verstreuten Häusern und Bäumen ruhte in leuchtender Stimmung verunkelt.

Im Elsternest war man früh aufgestanden; Stine und Lars Peter hatten viel zu laufen gehabt, zwischen Wohnhaus und Scheune und zurück. Jetzt waren sie fertig und hatten sich zurechtgemacht, auch die Kinder waren im Staat und gingen erwartungsvoll umher, mit nahgekauften Köpfen und Gesichtern, die noch rot waren vom Scheuern mit grüner Seife. Stine ging nicht behutsam zu Werke; es tat weh, wenn sie die kleinen Ohren vornahm, und die Seife brannte in den Augen. Ein Heulkonzert war unvermeidlich. Aber nun war die angenehme Prozedur überstanden und wurde in den nächsten acht Tagen nicht wiederholt; Kindertränen trocken schnell; und die kleinen Gesichter strahlten dem Tag entgegen.

Der kleine Paul wurde zuletzt fertig. Stine konnte ihn beinahe nicht auf dem Stuhl festhalten, während sie ihn zu rechtmachte, er wollte hinaus. „Na, was sagst du denn nun zur Schwester?“ fragte sie, als er fertig war, und hielt ihm ihren Mund hin.

„Hinke!“ sagte er und sah sie schelmisch an; er war in übermütiger Laune. Christian und Else lachten.

„Nein, jetzt antworte ordentlich,“ sagte Stine ernst; beim Ergleichen ließ sie sich auf keine Späße ein. „Es heißt: danke, liebe — na?“

„Danke, liebe Dunkel!“ sagte der Junge, unbändig lachend. „Ach, du bist heute recht einjährig,“ sagte Stine und setzte

Für das Osterfest

Herren-Hüte 39⁵⁰
weid, Wollfilz, moderne Formen und Farben

Herren-Artikel

- Oberhemden bunt, durchgehend prima Perkal mit Klappmanschetten 88⁵⁰
- Oberhemden einfarbig, moderne Farben, mit 2 Kragen 98⁵⁰
- Oberhemden durchgehend Perkal, Klappmanschetten, mit passendem Kragen 110⁰⁰
- Oberhemden weiss Pikee-Einsatz und Klappmanschetten, Rumpfstoff prima Renforcé 110⁰⁰
- Strickbinder in grosser Auswahl 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰
- Hosenträger aus gutem Gummi 10⁵⁰
- Malrosenmützen marineblau, für Knaben und Mädchen 21⁵⁰ 24⁵⁰
- Mädchenkappen moderne Formen, in vielen Farben 18⁵⁰

Herren-Stiefel 158⁰⁰
prima Rindbox
Original Goodyear-Welt

Herren-Stiefel 198⁰⁰
prima Chevreau, mit u. ohne Ledkoppe
Original Goodyear-Welt

Herren-Stiefel 312⁰⁰
braun, echt Chevreau, Doppelsohlen
Original Goodyear-Welt

Herren-Bekleidung

- Sakko-Anzüge gute Qualität, moderne Fassons 490⁰⁰ 690⁰⁰ 875⁰⁰
- Jünglings-Anzüge verschied. Fassons, gemust. Stoffe 450⁰⁰ 575⁰⁰ 675⁰⁰
- Gummi-Mäntel hochgeschlossen, gute Gummierung 390⁰⁰
- Gummi-Mäntel modernes Fasson, mit Gurt 450⁰⁰
- Beinkleider für Cutaway pass., hübsche Streifen 85⁰⁰ 98⁰⁰ 160⁰⁰
- Herren-Hüte schwarz, steif, Wollfilz 75⁰⁰

Frühjahrs-Ulster, Schlüpfer u. Paletots in den verschiedensten Stoffarten und modernen Fassons in grosser Auswahl

HERMANN TIETZ

Echt Silber 800/000 gestempelt 2⁸⁵
Brotkörbe, Teestube, Kaffeeservice, Konfektbüchsen usw., nach allen antiken Mustern ... Gramm

Soennecken Bonna-Feder
Beste Kontor-Feder
Überall erhältlich
F. Soennecken Sohn
Berlin W 8
Teubenstr. 16/18



Während des 4-Uhr-Gesellschafts-Tees im Palais der Friedrichstadt

Friedrichstraße, Eingang Besselstraße 22
Die große Modeschau der Firmen R. M. Maassen (Salon) Auguste Münzer (Hüte)
sowie das unübertreffliche Märzprogramm mit Hubert Veiters, Brunhilde Freihoff, 3 Jansen, Moitil und Will Meisel
BALLET MARY ZIMMERMANN
Erwin van Roy a. G. - Außerdem das bekannte Schönheitsballett Ballorchester Boesing mit Original Jazz-Band

Französischer Prunier, Derby, Pelisson-

Cognac

- Deutscher Weinbrand Fl. 46⁵⁰
- Weinbrand-Verschnitt Fl. 43⁵⁰
- Eier-Cognac Fl. 89⁵⁰, 1/2 Fl. 51⁵⁰, Echter Sherry Fl. 26⁵⁰
- Schwer süß., stärkend. Malaga Fl. 25⁵⁰
- Rüdesheimer u. 17^{er} Beaujolais 18⁵⁰

Rotwein

- Herzheimer 11⁵⁰, Pavillon de Fleurs 12⁵⁰
- Tiefdunkl. Rioja 15⁵⁰, Bordeaux St. Foy 16⁵⁰
- Versand auch in Ballons, Fässern und Waggons.
- Für Wiederverkäufer besondere Preisliste.

J. F. Raich
Engros Bergstr. 34, Nord. 8214, Potsd. Str. 34, Hof rechts
Bismarckstr. 4, Invalid. 184 u. in d. Alt. Weinst. - Friedr. - Str. 11
Gr. Frankl. 112, Schönb. Al. 178, Brunnenstr. 174, Eck. Inv.

Theater, Lichtspiele etc.

- Opernhaus Parsifal** 5 Uhr
- Schauspielhaus Die Journalisten** 7 Uhr
- Deutsches Theater** 6 1/2 Uhr: Faust I. Teil, 7 1/2 Uhr: Russisches Gastspiel Die Kameliendame
- Kammerspiele** 7 1/2 Uhr: Der König der dunklen Kammer, 8 1/2 Uhr: Er ist an allem schuld, Der Heiratsantrag, Der Spieler.
- Gr. Schauspielhaus** (Karlstraße) 7 Uhr: Der Kaufmann v. Venedig (21. Abteil. 4. Abend), 8 Uhr: Kaufmann von Venedig (22. Abteil. 4. Abend)
- Theater 1. d. Königgrätzer Str.** 8 Uhr: Salome (Orska), Dornburg, Bildt, Branden), Mittwoch: Salome, Donnerstag: Erdgeist (Orska), Sonntagabend zum ersten Male:
- Rugby** (oder Spiel in der Mark), Komödie von Wilhelm Speyer, Ostermontag: Rugby, Ostermontag: Rugby
- Komödienhaus Das weiße Lammchen** 8 1/2 Uhr mit Pauschen, Karfreitag: Pauschen
- Berliner Theater** Wiederauftreten von Fritz Massary zum 128. Male:
- Die Spanische Nachtigall** 8 1/2 Uhr: Fritz Massary, Waldmann, Emmy Sturm, Roberts, Kiper, Karfreitag: Einmal, Gastspiel des Th. 1. d. Königgrätzer Str., Salome (Maria Orska)
- Residenz-Theater** 7 1/2 Uhr: Ida Wüst in: Lady Windermere's Fächer, Adèle Sandrock, Käthe Haack, Julius Palkenstein, Arnold Korff, Sonntag 4 Uhr: Die Freundin

Volksbühne E. V.

Erste literar. Sondervorstellung (Uraufführung) Karfreitag, 7 1/2 Uhr abends, Ostermontag und Ostermontag, 11 1/2 Uhr vormittags, im „Neuen Volkstheater“, Köpenicker Straße 68:
Paul Zech:
Verbrüderung Ein Bühnenbild in 5 Stationen
Regie: Heinz Goldberg. — Mitwirkende: Rose Lichtenstein (N. Volkstheater), Carl Schultz (Volkstheater), Paul Mederow (Leipz. Schauspiel), Peter Ihe (Lessingtheater), Friedr. Lobe (N. Volkstheater), Max Nemitz (Deutsches Theater) usw.
Eintrittskarten für Mitglieder der Volksbühne E. V. 5 M., für Nichtmitglieder 10 M. in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Lindenstr. 227, der Volkshörsen-Buchhandlung, Köpenicker Str. 68, an den Theaterkassen der Tietzischen Warenhäuser usw.

Trianon-Theater 7 1/2 Uhr: Leopoldine Konstantin in Die Gesellschaft des Abbé Chateaufauf und in Abschiedsopfer (Jka Grünig, Herm. Valentia, A. E. Licho, Hugo Flink, Mamelok Werkmeister, Sonntag 4 Uhr: Die Raschhois.

Kleines Theater 7 1/2 Uhr: Unter den Linden 44
Gasanovas Sohn
Fugen Burg, Mady Christlans, Helar, Schroth, Hans Albers, Stg. 7 1/2 Pfarrhauskomödie

Rose-Theater 7 1/2 Uhr:
Der Strom

Casino-Theater Lothringer Str. 37, Tägl. v. 8
Trotz des großen Erfolges, nur noch kurze Zeit
Der Sensations-Schläger Der Großfürst
Am 1. und 2. Osterfeiertag nachm. 7 1/2: Höllequalen

Moritzplatz Oranienstraße 53 54 Täglich 8 Uhr: **Elite-Programm**

Steidl Moritzplatz (rüber Buggenbagen) Dir. S. Wroschinski Täglich 7 1/2 u. 9 1/2 Uhr: **Fritz Steidl-Sänger** Zum Schluss: **Erlebnisse eines Verstorbenen** Utkläde von Fritz Steidl Eintritt inkl. St. v. 1.10-6.50 Vorverkauf von 11-1 Uhr

Schall und Rauch im Großen Schauspielhaus Telefon: Norden 8643. Konz. 7 1/2 U., Beginn 8 1/2 U. Kurt Warnehold, Isabel Herma und das **große März-Programm** Eintrittspreise von 5-36 M.

Apollo-Theater 7 1/2 Direktion: James Klein. 7 1/2
Nur noch 9 Tage!
Das große Ausstattungsgstück in 4 Bildern
Madame Dubarry's Liebesleben Saharet
als Gräfin Dubarry.
Über 150 Mitwirkende! - Sonntag 3⁵⁰, das vollst. Stück mit Saharet. - Jeder Erwachsene 1 Kind frei! - Vorverk. ab 16 Uhr ununterbroch.



De-Ka
Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65
am Rathaus
Intime Musik i. i. Neu renoviert
Eigene Konditorei.

Relehsall-Theater Abds. 7 1/2 u. Sonn. nachm. 3 Uhr: **Stett-Sänger** Neu: Seid einig

WINTERGARTEN Variete - Spielplan
Rauchen gestattet!

BTD Potsdamer Str. 38 Alexanderpl.-Pass. Nur noch bis Donnerstag: **Der Graf von Caplostro** aus dem Leben d. größten Abenteuer aller Zeiten
Turmstr. 12 **Das Geheimnis d. Mumie** Erlebnis des Detektivs Joe Deuba Hauptdarst. Ferd. v. Alten Egede Nissen, V. Janson
Friedenau, Rheinstr. 14 **Anna Boleyn.**

Reste-Haus C. Pelz Kotbuser Str. 5
Anzugstoffe Kostümstoffe Mantelstoffe Kleiderstoffe Seidenstoffe
Mäntel Kostüme Röcke
Gut, reell, billig!

Arbeitskleidung Hosen von 45,- bis 225,- M. Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Köhnen Neukölln, Hermannstr. 76-77

Metallabfälle Späne fast laufend von Händlern und Fabriken
Metallzentrale Stahlhofstr. 48-49.

Adler, Ideal Continental Mercedes, Underwood, Erika, Corona u. a. schon von M. 2500,- an lieferbar! Lagerbesuch unbedingt!
Cosmos Ztr. 180, Leipziger Str. 23 (neben Kompantki).

Admirals-Palast 7 1/2 Die roten Schuhe Morg. 7 1/2: Die roten Schuhe

Verloben Sie sich nicht früher, als Sie bei mir gewirrt sind. Ich liefere als Selbsthersteller unter Ausnutzung jeglichen Fortschritts:
Stranringe
1 Dukaten-Trauring von Dukaten gold 138,- 22.
1 1/2 Dukaten-Trauring von Dukaten gold 240,- 22.
1 Ring, 585 gef. v. 75,- 5. 180,- 22.
1 Ring, 585 gef. v. 35,- 5. 100,- 22.
In großzügiger Auswahl und in allen Formen; meine Preise u. meine Qualitätswaren sind einzig dastehend.
Garantiefreie für gelicht. Goldhalt.
Anlauf von Gold-, Silber-Druck Zahngebißen, Platin, Brennschiffen infolge Selbstherstellung zu best. günst. Preis.
H. Wiese, Juwelier u. Uhrmacher Artilleriestraße 30 Zelt. Rorden 1000.

Preise mit Versand, und ohne Verpackung



Wir geben unseren Lesern hier einen Ueberblick über das oberschlesische Abstimnungsgebiet, das jetzt im Mittelpunkt des Interesses steht. Trotzdem im ganzen vom Plebiszit betroffenen Gebiet einheitlich abgestimmt wird, besteht die Möglichkeit, daß die Militärs nachträglich eine Trennung zwischen den vorwiegend

polnischen und den vorwiegend deutschen Bezirken vornehmen. Zu den ersteren gehören die südlichen Kreise Pless und Rybnik sowie der Kreis Tarnowitz, der eine kleine polnische Mehrheit aufbrachte. Zu den hauptsächlich deutschen Teilen kann man das ganze nordwestliche Gebiet rechnen.

Kessels „Meineidsgeständnis“.

In der gestrigen Verhandlung gegen Hauptmann v. Kessel wurde zunächst in der Vernehmung derjenigen Zeugen fortgeführt, die über die Persönlichkeit des Pfarrers Rump auszusagen haben. Der als Sachverständige vernommene Prof. Dr. Diepman, der Rump längere Zeit auf seinen Geisteszustand beobachtet hat, bekundet, daß er Rump für durchaus normal halte.

Der nächste Zeuge ist der Lehrer Karimayer aus Bremen, der lange Jahre in der Gemeinde Seehausen, in der Pfarrer Rump Seelsorger war, als Lehrer wirkte. Er sagt aus, daß er immer gefunden habe, bei Pfarrer Rump vermische sich die dichterische Phantasie mit der realen Wirklichkeit. Der Zeuge erklärt schließlich: „Ich halte Pfarrer Rump für einen Phantasten, auf dessen Urteil nichts zu geben ist.“ Der Vorsitzende verbietet, die Vernehmung unterbrechend, dem Oberleutnant Hoffmann, ständig den Saal zu verlassen.

Man könnte sonst leicht auf bestimmte Vermutungen kommen. Gelegentlich einer längeren Kontroverse zwischen Rump und dem Verteidiger Mosberg kommt es zu Zusammenstößen zwischen diesem und dem Vorsitzenden.

Der nächste Zeuge, Oberwachmeister Meyer aus Bremen, bekundet, daß die Leute in Seehausen sehr ungünstig über Pfarrer Rump gesprochen und ihn einen Lügner, Komödianten und Schankweler genannt hätten.

Hierauf wurde der jetzige Amtsbruder des Pfarrers Rump, der Erste Geistliche an der Heiligengeistkirche, Pfarrer Breithaupt, vernommen. Der Zeuge, der in sichtbar Erregung mit sich ringt, bekundet, daß der Gesamteindruck, den er aus einem achtjährigen Zusammenleben mit Pfarrer Rump gewonnen habe, ein derartiger sei, daß er Rump für einen Menschen halten müsse, bei dem

das eigene Ich

eine eigenartig heroorragende Rolle spiele, daß er den Zufälligkeiten von Schmeichlern zugänglich sei und dann Dinge behaupte, die mit

der Wahrheit nichts zu tun hätten. — Vors.: „Herr Pfarrer, wollen Sie uns eine Begründung für dieses Urteil geben?“ — Zeuge: „Ich möchte mich auf einzelne Tatsachen nicht einlassen. Mein Urteil ist das Resultat des Gesamteindrucks eines achtjährigen Zusammenlebens. Ich bitte, mich nicht nach Einzelheiten zu fragen.“

Rechnlich über Rump sagen weitere Zeugen aus, so Gefangenslehrer Fork, der Sohn eines früheren Bremer Geistlichen und Rektor Buntjom, der auch Gemeindefürsorge an der Heiligengeistkirche ist. Dieser Zeuge bekundet von den letzten Kirchenwahlen, wie Pfarrer Rump in unsärlir Weise entgegen getroffenen Verhandlungen gegen den Zeugen gearbeitet hat.

Marloh als Zeuge.

Es wurde dann der Oberleutnant a. D. Otto Marloh vernommen, der auf Befragen des Vorsitzenden angibt, daß er die „seinerzeit über ihn verhängte Strafe von einem Monat Festung wegen unerlaubter Entfernung noch nicht abgebußt hat. v. Kessel habe ihn gebeten, die Aktion gegen die Zahlstelle der Matrosendivision zu übernehmen, da er ganz besonderes Vertrauen in ihn setze. Marloh beschreibt dann kurz

die Erschießung der 29 Matrosen

und die Tatsache, daß er sich dann im Kriminalgericht bei Oberleutnant Kessel ordnungsmäßig zurüagemeldet habe. Es sei erst ein Tatbericht angefertigt worden, bei dem Staatsanwalt Zumbroich mitarbeitete, einige Tage darauf ein zweiter, bei dem ebenfalls Zumbroich mitarbeitete, und schließlich kam ein dritter Bericht zustande, den Staatsanwalt Weichmann diktierte. Marloh schildert dann weiter, daß er diesen Bericht nicht unterschreiben wollte, weil in ihm deutlich ausgesprochen wurde, daß Marloh ohne einen Befehl der Brigade Reinhardt gehandelt habe. Der Angeklagte laßt in längeren Ausführungen die Angabe Marlohs zurückweisen, daß er am Tage vor der Erschießung Marloh ausgelacht und ihm irgendwelche Befehle erteilt habe.

Zeuge Marloh kommt dann auf die Ereignisse des 1. Juni zu sprechen. Um die Mittagszeit sei Oberleutnant Hoffmann zu ihm

gekommen und habe ihm gesagt, er solle verhaftet werden und müsse daher weg. Darauf sei er mit Hoffmann nach dem Dienstzimmer Kessels gegangen und sei Kessel auf dem Flur begegnet. Als dieser ihn, Marloh, sah, habe er gesagt: „Was machen Sie denn hier? Scheren Sie sich weg! Wenn uns nun hier ein dritter steht!“ Kessel sei dann in sein Dienstzimmer verschwunden und er, Zeuge, sei dann mit Hoffmann zu Pfarrer Rump gegangen. Marloh geht dann weiter auf die Vorgänge in der Wohnung des Pfarrers Rump ein und bekundet, daß er auf das wiederholte Drängen Hoffmanns, die Flucht zu ergreifen, anfangs nicht eingegangen sei, dann aber schließlich aus vaterländischen Motiven sich bereit erklärt habe, zu fliehen. Hoffmann habe ihm auch zugesagt, er werde am Abend mit Hauptmann v. Kessel darüber sprechen. Dann kommt die Sprache auf den Scheck, den Hoffmann dem Marloh zur Flucht angeboten haben soll. Marloh behauptet, daß dieser Scheck auf 6000 Mk. gelautet habe. Der Vorsitzende stellt darauf fest, daß nach dem Taten des Scheckbuchs ein solcher Scheck am 28. Mai ausgestellt, aber nicht eingelöst worden sei. — Zeuge Marloh: Dieser Scheck ist von Kessel vordatiert worden. — Vors.: Wir haben hier festgestellt, daß der Scheck nicht vordatiert wurde. — Trotz der Vorhaltungen des Vorsitzenden bleibt Marloh dabei, daß Kessel den Scheck vordatiert habe.

Marloh geht dann weiter auf die Vorgänge des 2. Juni ein und schildert die Ankunft Kessels in der Wohnung des Pfarrers Rump. Auf Hoffmanns Veranlassung sei Hoffmanns und Wehmeyers Garderobe aus dem Flur entfernt worden, v. Kessel sei dann anderthalb Stunden bei Rump geblieben, der dann nach Kessels Weggehen ihm, Marloh, erklärt habe: „Du mußt entweder nach Dach oder die Flucht ergreifen.“

Er, Marloh, solle ein konfusees Urlaubsgeuch schreiben, das er dann den Behörden vorlegen wolle, um eine geistige Verwirrung Marlohs vorzutäuschen.

Bei der Vernehmung des Studenten der Medizin Leutnant a. D. Behmeyer kam es dann zu einer langen Auseinandersetzung, ob Leutnant Behmeyer am 2. Juni das Urlaubsgeuch Marlohs Oberleutnant Kessel persönlich übergeben oder es ihm im Bureau abgeben habe. Behmeyer behauptet, er habe es Kessel selbst überreicht und Kessel habe dabei höhnisch gelacht. Zwei Unterschriften hat v. Kessel gefälscht. — Vors.: Und von wem stammen die Stempel? — Zeuge: Kessel hatte einen Stempel vom 4. Garderegiment besorgt. Die Nummer 4 haben wir dann geändert. Zuerst tat dies der Kriminalwachmeister Dittmann und dann habe ich es in der Wohnung des Pfarrers Rump vollendet. — Vors.: Wie kam denn der Oberwachmeister Dittmann in die Affäre hinein?

Das Gericht beschließt, Oberwachmeister Dittmann sofort telephonisch zu laden. — Hierauf kommt

das Meineidsbekenntnis v. Kessels

zur Sprache. Der Zeuge Behmeyer bekundet, daß er im Juni 1919 in einer Unterredung mit Hauptmann v. Kessel, bei der sonst niemand zugegen gewesen sei, diesem erzählt habe, er, Behmeyer, habe sich nach seiner Vernehmung durch Kreisgerichtsrat Meyer geweigert, seine Aussage zu beschwören. Kessel habe ihm darauf wörtlich geantwortet: „Das verstehe ich nicht; in meiner beschworenen Aussage ist manches ungenau und ich habe sie doch beschworen. Wir müssen nun doch einmal lügen. Da sehe ich nicht ein, weshalb ich das nicht beschwören soll.“ — Angell: Es ist ganz ausgeschlossen, daß ich das gesagt habe. — Der zu diesem Punkt sofort vernommene Zeuge Oberleutnant Schmitz-Rancy bekundet, daß er tatsächlich damals als völlig Fremder dieser Unterredung beigewohnt habe. Die Darstellung Behmeyers sei ihm, der von diesen ganzen Sachen nichts gewußt habe, aufgefallen, als er in einer Zeitung in einem Bericht über den Kessel-Prozess von einem sogenannten „Meineidsbekenntnis“ Kessels gelesen habe.

Der nächste Zeuge General v. Dergen schildert Marloh als einen wahrheitsliebenden Menschen.

Hierauf wurde Oberst Meyer, der Organistator der Sicherheitspolizei, vernommen. Den einzigen Schutz des Staates habe damals in Berlin die Staffeln Kessel und die Brigade Reinhardt gebildet. Oberst Meyer schloß seine Aussage: Hauptmann v. Kessel würde meines Erachtens nach eine Unehrenhaftigkeit oder gar einen Meineid nie fertig bekommen.

Nach einer kleinen Pause wurde dann zum Schluß der inzwischen eingetroffene Kriminaloberwachmeister Dittmann vernommen, der nach Angabe Leutnant Behmeyers bei der Stempelfälschung anwesend gewesen sein soll. Zeuge erklärt, daß er die falschen Ausweispapiere weder gesehen, noch irgendwie einen Stempel in der Hand gehabt oder gar verändert habe. — Vors.: Die Aussagen des Zeugen Dittmann sind deshalb sehr schwerwiegend, weil Sie, Herr Behmeyer, behaupteten, daß v. Kessel auch die Unterschrift gefälscht haben soll. Nach einigen unwichtigen Äußerungen Oberleutnant Marlohs und des Generals a. D. von Dergen wird dann die Verhandlung auf Dienstag 9 1/2 Uhr vertagt.

Billige Schuhwaren

Damenstiefel und Halbschuhe

mit und ohne Lackkappe, hübsche, breite Form, auch ohne Kappa, mit flachem Absatz, für ältere Damen

M. 98⁸⁵

Damen-Lackbesatz-Stiefel

mit schwarzem echt Chevreau-Einsatz, hoher Schaft, elegante Form u. Ausführung

M. 148⁸⁵

Braune Boxleder-Herrenstiefel

Schwarze Lackbesatz-Herrenstiefel

mit echt Chev.-Einsatz in mod. Formen und Ausführungen M. 250⁰⁰

Schwarze Herrenstiefel

als Strapazier- und Straßentiefel geeignet, in verschiedenen Formen und Ausführungen, auch mit Lackkappe

M. 128⁵⁰

Für Wiederverkäufer Extra-Abteilung

„Der Schuhhof“

Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung

(Inh. Theod. David)

Kein Laden. 4-Etagen-Verkaufshaus auf dem Hofe.

Linkstrasse 11

Zweigniederlassung: Spandau, Breite Straße 22. L.

Blei u. Zinn

Altmetalle kauft zu hohen Preisen Zinnschmelze Prinzessinnenstr. 17 14620

Geschäftstener.

48 Jahre alt, gründl. ausgeb. 21 Jahre als Buchhändler, 21 Jahre als Geschäftstener in verschiedenen Firmen, auch als selbständiger Geschäftstener. Offerten S. 20 an „Vorwärts“, Lindenstr. 2.

Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cotaways, Kleider

teils auf Seide, früher bis 1200 M. jetzt für 400-500 M. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, enorm billig! Nach beendeter Saison 50% herabgesetzt! Krawatten, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfische, Keine Lombardv.

Spezial-Arzt

beständiges Büro, Auskult., Röntgen, Spezialist für Hals-, Brust-, Frauenleiden. — Damen-Konvaleszenz. — Im ältesten Bismarck-Haus. — Dir.: A. Löser sen. Nur Rosenthalerstr. 69-70

Dr. Stanz für alle Geschlechts-, Haut-, Darm-, Frauenleiden. — Damen-Konvaleszenz. — Im ältesten Bismarck-Haus. — Dir.: A. Löser sen. Nur Rosenthalerstr. 69-70

Der Wiederaufbaukongress.

Paris, 21. März. (WZ.) Die vom Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) einberufene Konferenz von Vertretern der Bevölkerung und der Behörden aus den verwüsteten Gebieten ist heute zusammengetreten. Die Begrüßungsansprache hielt der Gewerkschaftsführer Laurent. Der Bürgermeister von Orens, Abg. Basig (Soz.), führte den Vortrag. Er erklärte einleitend, die Unzulänglichkeit der betroffenen Bevölkerung mit den bisherigen Maßnahmen der französischen Regierung sei groß. Als erster Referent sprach das Mitglied des Wirtschaftsrates der C. G. T. Ugghe. Er berichtete über die Untersuchungen des Wirtschaftsrates, die auf eine starke Kritik der verschiedenen Schuldengattungen und ihrer Anwendung und der Hilflosigkeit, die man die einzelnen Gesellschaften überlassen, hinauslaufen. Man müsse Arbeitsplätze, Material und Geld von denjenigen Ländern verlangen, die sie besitzen und dabei auf den jeweiligen Wechselkurs Rücksicht nehmen. Es sei eine Art von Oberkommissariat außerhalb der Regierung zu bilden, das mit den Unternehmern und der Arbeiterwelt den Wiederaufbau in seinem ganzen Umfang zu organisieren habe.

Als zweiter Referent sprach der Ingenieur Frauca. Er trat dafür ein, deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau heranzuziehen und deutsche Materialien zu beziehen. Es handle sich nicht darum, das Wiederaufbaugesamt in deutsche Kolonien umzuwandeln, noch die Industriezentren und Ingenieurzentren jenseits des Rheins zu überföhen. Man müsse unter der Leitung der Genossenschaften der Geschädigten deutsche qualifizierte Arbeiter und Techniker heranziehen und sie einen französischen Plan ausführen lassen. Moralisch hätte der Wirtschaftsrat diese Lösung für besonders wichtig, weil diejenigen wieder aufbauen müßten, die zerstört hätten.

Neuwahlen in Italien.

Mailand, 21. März. (U.) Der „Corriere della Sera“ meinet, daß die Verständigung zwischen der Regierung und den Sozialisten die Turali und Giolitti herbeiführen wollten, als geschichtliche Tatsache werden müsse. Turali hat sich allerdings die Mehrheit der sozialistischen Deputierten gesichert, aber die Parteilosigkeit legte ihr Veto gegen jede Unterstützung der Regierung ein. Sie ging dabei von der Erwägung aus, daß die große Masse der Arbeiter, die noch unter dem Einfluß der kommunistischen Propaganda stünde, bei einer Zusammenarbeit mit der Regierung die sozialistische Partei verlassen würde und in die neue kommunistische Partei einträte. Es sei somit sicher, daß Giolitti beabsichtige, die Kammer nach den Osterferien aufzulösen und die Neuwahlen auf den Monat Mai anzusetzen.

Die Interpellationsdebatte über die Außenpolitik brachte Kritiken an den Sanktionen. Der Mittlerer Ruzi verurteilt die Notwendigkeit der Revision des Versailler Vertrages und der Gewährung alliierter Hilfe zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Giolitti selbst hätte nach London gehen sollen. Der Gedanke, daß die Besetzten alle Kriegsschäden bezahlen könnten, sei ein Irrtum. Graf Sforza sprach schließlich wiederholt die Erwartung aus, Deutschland werde nach der oberösterreichischen Entscheidung annehmbare Vorschläge machen.

Wollschweißepäp.

Rom, 21. März. (WZ.) Heute nachmittag wurden durch die Grenzbehörden von den 27 verhafteten, der russischen Handelsmission gehörenden Rollen 12 Rollen gestrichelt. Man fand eine große Menge Perlen, Brillanten, Diamanten, Gold, Perlschnur und Edelsteine. Das Besondere stellt einen sehr hohen Wert dar. Die Untersuchung wird morgen fortgesetzt.

Es ist schließlich braucht man doch zum Handel Geld, und Sowjetrußland hat keine.

Wer die Wahrheit kennt . . .

Duisburg, 21. März. (WZ.) Die Duisburger „Vollstimme“ ist von den Ältesten darum auf 10 Tage verboten worden, weil sie ohne vorherige Genehmigung der Zensur die Mitteilung von der Besetzung des Bahnhofs Hamborn veröffentlicht hatte. Das Zensurverbot ist um so ungerechtfertigter, als die Nachricht tatsächlich zutreffend war.

Wie man heute in Rußland oberheit. Auf dem Wege der Rewa, so schreibt Maxim Gorki im „Progrès civique“, bemüht sich eine Anzahl Personen, die in ihren armseligen Kleidern vor Frost zittern, bis oben hinaus mit schweren Schiffsbauholz beladene Karren vorwärts zu schieben. Hier und da strauchelt einer und fällt, und ein anderer Karren, der nicht von der Stelle gebracht werden kann, stürzt um und scheutert seine Ladung auf das Eis. Die Karrenschleher werden von acht mit Glintzen bemalten roten Garbisten begleitet, die nicht einen Augenblick daran denken, helfend einzugreifen. Es macht ihnen im Gegenteil häßlichen Spaß, die Fronen der „Bourgeois“ sich abzuquälen zu sehen, die sie mit allerlei Schimpfnamen beehren und gelegentlich auch wohl lachend mit der Spitze des Bajonetts foheln. An anderer Stelle sind Leute damit beschäftigt, Häcker, Pfeifstän und Maschinen auf einem Wagen zu verladen. Die Arbeit geht ihnen nicht nur schwer von der Hand, sie benehmen sich dabei auch so ungeschickt, daß die Ladung zum Wackelgerüst verliert, sich auf die Seite neigt und den Wagen zum Klappen bringt. „Ich bin lange genug Vorkämpfer gewesen“, so schreibt Gorki, „um mich auf das Handbreit des Verladens zu verstehen. Wenn ich jemals einen Wagen in so fieberlicher Weise beladen hätte, so würde ich von meinem Aufseher eine Raufschelle erhalten haben, und ich hätte diese wohl verdient.“

An anderer Stelle berichtet Gorki, daß die Bauern, wenn sie eine Eisenstange brauchen, einfach auf die Bahn gehen und eine Schiene aus dem Gleis ziehen. „Ich meine“, schreibt Gorki, „daß der europäische Arbeiter für die russischen Genossen, die keine Ahnung von der Organisation der Arbeit haben, wenig Achtung aufbringen kann. Die sozialrevolutionäre Politik mag richtig sein; aber die Hauptsache bleibt vor allem die Arbeit, und um die ist es hierzulande schlecht bestellt.“

Volksbühnen. Die am Karfreitag stattfindende Sondervorstellung im neuen Volkstheater beginnt nicht — wie in der Sommerausgabe angegeben — am 21., sondern am 7. u. 12. Uhr, der Preis für Mitglieder beträgt nicht 3 M., sondern 5 M. — Donnerstag, den 24. 7. Uhr (Klosterstraße 74): Revolutionäre Parodie, von Gorki und dem russischen Dichtern, in der der Kampf um die Freiheit der Volksbühnen.

Das Kabarett „Schall und Rauch“ wurde von der „Schara“ beschlagnahmt und wird unter Leitung des Vortragensführers Herbert Reis am 1. April als „Volkstheater“ neu eröffnet. — Den literarischen Erntemaschinen hat die Namen von Reinholdts erstem Berliner Erfolg tragenden Unternehmern bisher nicht entbrochen.

Das Vorlesungsprogramm der Berliner Universität, das eben aufgegeben wird, umgibt auch für den Sommer die Kollegen der Professoren an, die am 1. April emeritieren werden. Lesen werden auch die Emeritierten, so Gorki, Platonow, Dietrich Eddler, Dieck, Literarhistoriker Gorki, Dr. Julius Peterlin beginnt mit Vorlesungen über Goethe und einen Überblick über die Geschichte der deutschen Literatur. Als Gäste der Hochschulen werden sprechen: Eduard Bernstein über die Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart, Prof. Paul Gumpert aus Barcelona über spanische Vorgeschichte, Prof. von La Coge über Chinesisch, Tschang ein und legt und Prof. Gorki über die Arbeiterfrage.

Eine Kubertale-Inszenierung in Dresden wird Ende April anläßlich des deutschen Kubertalekongresses, der seit 27 Jahren alljährlich in Berlin tagt, vom Deutschen Hygienemuseum in der früheren Amigäthen Spielhalle eröffnet werden.

Kriegsleistung. In der politischen Korrespondenz muß es heißen, daß Herr Durr, nicht Herr Braun den Saft hat. Statt Durr ist Dabbe als Säugling zu nennen.

Vanderveelde kontra „Vorwärts“.

Vanderveelde hat sich von einem Redakteur des Brüsseler „Peuple“ interviewen lassen, um auf die Angriffe des „Vorwärts“ zu antworten. Er bezeichnete zuerst unsere Ausführungen als „nationalistisch“. Das kann er um so leichter, als der „Peuple“ den ganz präzisen Inhalt unserer verschiedenen Notizen seinen Lesern weiter harmlos vorzuenthalten hat . . .

Sodann erklärte er weiter: Die belgische Regierung hat einstimmig die Haltung ihrer Delegierten auf der Londoner Konferenz gutgeheißen.

Die deutschen Gegenanschläge waren unannehmbar. Die ersten sahen wie eine Herausforderung (!) aus. Die zweiten wären nur diskutierbar gewesen, wenn sie nicht unmöglichen Voraussetzungen unterstellt worden wären: namentlich die Verneinung des Selbstbestimmungsrechtes für die Bevölkerung Oberschlesiens (!!).

Gegenüber derartigen Vorschlägen war eine Einheitsfront der alliierten Regierungen ganz unvermeidlich, und, ich erkläre dies sehr laut, wenn sozialistische Minister die gefährliche Ehre beschließen würden, Belgien in London zu vertreten, so hätten sie nicht anders handeln können, als unsere Kollegen Tappan und Theunis.“

Die Bezeichnung des ersten deutschen Gegenangebotes — dessen unglückliche Form auch wir bekanntlich scharf bemängelt haben — als eine Herausforderung hatten wir bisher nur in den nationalistischen Blättern der Entente gefunden. Ebenso die durchaus unrichtige und vor allem gehässige Interpretation der „Voraussetzungen“ zum zweiten Angebot. All dies macht sich der Sozialist Vanderveelde zu eigen. Die Belehrung über die Heiligkeit des Selbstbestimmungsrechtes der Völker klingt übrigens wie ein Hohn im Munde des Mitunterzeichners des Versailler Friedensdiktats. Wir wollen hier gar nicht auf das Saargebiet, Danzig, Remel und Deutsch-Oesterreich hinweisen, sondern begnügen uns mit den zwei Worten: Cupen • Ralmedu!

Weiter erklärte der belgische Justizminister: „Der „Vorwärts“ vergißt wirklich allzusehr, daß das Recht Belgiens auf Wiedergutmachungen für Deutschland eine heilige Schuld bildet.“

Daß Vanderveelde den „Vorwärts“ nicht liebt, nehmen wir ihm nicht weiter übel. Daß er aber nicht einmal das Zentralorgan seiner eigenen Partei, den Brüsseler „Peuple“ liebt, hätten wir kaum für möglich gehalten. . . In der Tat hätte er sonst nicht behaupten können, daß der „Vorwärts“ dieses „allzusehr vergißt“. Hat doch gerade in den Tagen der Londoner Konferenz der „Peuple“ die Ausführungen des „Vorwärts“ über die „Ehrenpflicht des republikanischen Deutschlands, die Sünden des kaiserlichen Deutschlands wieder gutzumachen“ und über die „winige Solidarität, die die deutsche Arbeiterklasse mit den Opfern des Krieges in Nordfrankreich und Belgien verbindet“, in großer Aufmachung ausführlich wiedergegeben und mit Genugtuung besprochen! („Peuple“ vom 8. März.)

Des weiteren erklärte Vanderveelde, daß die Sanktionen nur ein vorübergehendes Aktionsmittel seien, denn sonst würden sie katastrophale Folgen nicht nur für Deutschland, sondern auch für Belgien haben. Ueber die Frage, ob diese Sanktionen einen Bruch des Friedensvertrages bilden oder nicht, sagt er natürlich kein Wort. Man gewinnt immer deutlicher den Eindruck, daß Vanderveelde und seine Freunde überhaupt keine Vorbehalte zu den Sanktionen und zu ihrer Dauer machen würden, wenn nicht das wachsende Gespann der vollständigen Boykottierung Antwerpens durch den deutschen Handel zugunsten Rotterdams sogar in den kapitalistischen Kreisen Belgiens Anlaß zu Sorgen gäbe. . .

Der belgische Staatsmann erklärte weiter, es sei kaum nötig zu betonen, daß die belgischen Sozialisten, alle belgischen Sozialisten, ob innerhalb oder außerhalb der belgischen Regierung, sich stets mit der größten Energie gegen jede Politik der Ausdehnung der militärischen Besetzung oder gegen die Pufferstaatspolitik ausgesprochen haben.

Dies soll offenbar eine Anspielung auf unsere vierte Frage sein:

Ist es richtig, daß die sozialistischen Parlamentarier Brunel (Präsident der Deputiertenkammer) und Desfrée (Kulturminister) sich öffentlich für die Bildung eines selbständigen rheinischen Pufferstaates ausgesprochen haben, ohne daß die sozialistische Partei Belgiens irgend etwas gegen diese beiden unternommen hat?

Auf diese ganz präzise Frage — die, genau wie die übrigen Fragen und Vorwürfe des „Vorwärts“, dem Veler des „Peuple“ nicht mitgeteilt wurde, — hat Vanderveelde nicht geantwortet. Seine nachträglichen Beteuerungen könnten wir höchstens als eine reichlich späte und indirekte Absage an die Adresse seiner beiden Parteigenossen auffassen.

Am Schluß des Interviews hat Vanderveelde die Hoffnung auf eine Verständigung und auf eine gemeinsame Aktion der Arbeiterklassen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Belgiens ausgesprochen. Diese Hoffnung teilen auch wir. Beides setzt aber eine Klarstellung der Anschauungen und der Handlungen voraus, und deshalb können wir, im Gegensatz zu Vanderveelde, gar nicht finden, daß unsere Polemik und unsere Vorwürfe „zumindest ungewandmäßig“ gewesen sind.

Georgiens Hilferuf.

Die hiesige Georgische Gesandtschaft bittet um Veröffentlichung eines Aufrufes an die Völker des Westens, dem wir folgendes entnehmen:

Ueberfallen von allen Seiten, führt das kleine demokratische Georgien einen Krieg an vier Fronten — ohne jegliche Hilfe von außen. Das gesamte georgische Volk erhebt sich mit Beiseitigung zur Verteidigung des Landes. Die Arbeiterklasse stellte sich an die Spitze der Verteidigung. Die Fabriken und Werke wurden geschlossen, da die

gemeinte Arbeiterklasse mit roten Fahnen an die Front gezogen ist. Die Kämpfe dauerten vom 11. bis 24. Februar, und vor Tiflis erlitt der Feind eine schwere Niederlage. Aber er warf nun gepanzerte Säue und Tanks auf unsere Front und er jagte neue Divisionen auf uns. Daß wir alle Mitteln zurückgeschlagen hatten, beschloßen wir Tiflis zu räumen, um unsere lebendigen Streitkräfte zu bewahren. Zusammen mit unseren Truppen verlassen die Stadt sämtliche Arbeiter und ein erheblicher Teil der Bevölkerung. Die früheren Beamten des Zarenregimes frohlocken. Endlose Proskriptionslisten werden aufgestellt. Das georgische Volk steht im Kampf gegen die bolschewistische Tyrannie allein.

Vor den Augen der Kulturwelt zerstören die roten Imperialisten einen demokratischen Staat, der ins Leben gerufen und ver-

waltet wurde von Sozialisten. Es ist dies ein Kampf zwischen Bolschewismus und Sozialismus. Die Vernichtung von Georgien wäre nicht nur ein Schlag gegen das georgische Volk, sondern auch gegen den Sozialismus. Nur ein energisches und einmütiges Veto der Arbeiterklasse und der Demokratie Europas kann der Moskauer Tyrannie ein Ende machen. Viele der besten Söhne Georgiens sind im Kampfe gefallen. Das bringt uns aber nicht zur Verzweiflung. Wir werden den Kampf mit verdoppelter Energie weiterführen.

Wir werden unser Leben zum Schutze der Menschlichkeit hergeben und wir hoffen, daß die Demokratie des Westens uns ihre Hilfe und moralische Unterstützung nicht versagen wird.

Mit dieser Hoffnung gehen wir mutig — entweder der Freiheit entgegen, oder in den Tod!

Der polnisch-russische Frieden.

Warschau, 21. März. (G.) Am 11.40 Uhr waren in Riga sämtliche drei Teile unterzeichnet. In der Schlussrede hob Domst die Friedensbereitschaft und den Einigungswillen der beiden Parteien hervor. Er erklärte, Polen wolle eine Brücke zwischen dem Osten und Westen und enge wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland und der Ukraine unterhalten. Nach kurzer Erwiderung Joffes wurde die Sitzung von dem lettischen Außenminister Megerowicz geschlossen.

Der Friedensvertrag erkennt die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrusslands an und bestimmt die Grenze zwischen diesen beiden Staaten und Polen.

Beide Teile verpflichten sich, ihre Truppen innerhalb 14 Tagen aus dem ihnen nicht zugesprochenen Gebieten zurückzuführen. Das Wilna-Gebiet wird für eine Angelegenheit Polens und Litauens erklärt. Beide Teile verpflichten sich zur Nichtanerkennung in die inneren Angelegenheiten des anderen, sich jeder Propaganda zu enthalten und eine bewaffnete Unternehmung gegen den anderen Staat nicht zu unterstützen. Nach Artikel 6 verzichteten beide Teile auf Zahlung von Kriegskosten und Entschädigungen. Art. 13 behandelt die Zahlung der 30 Milliarden Goldrubel an Polen. Art. 14 befaßt sich mit der Austellung bzw. Abwicklung des Eisenbahnmaterials. Laut Art. 15 verpflichteten sich Rußland und die Ukraine zur Rückführung der Guthaben, die Polen in Gebietsbanken hatten, die von Rußland „abgelöst“ wurden. Die Zahlung des Polen gebührenden Teile des altrussischen Staatsgutes wird durch eine besondere Kommission geregelt. Nach Art. 19 ist Polen zur Zahlung von Staatsschulden des ehemaligen russischen Reiches nicht verpflichtet. Der Vertrag sichert weiter Polen das Recht der Meistbegünstigung zu. Sechs Wochen nach Ratifikation des Friedensvertrages werden besondere Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Handels, die Errichtung von Konsularvertretungen und den Wiederbeginn des Post- und Eisenbahnverkehrs aufgenommen. Die Ratifikationsurkunden sind 45 Tage nach der Vertragsunterzeichnung in Minist auszufauchen.

Englische Kabinettskrise?

London, 21. März. (Holländisch Neuwisbureau.) Die Blätter enthalten lange Betrachtungen über eine schwebende englische Kabinettskrise. „Observer“ schreibt u. a.: Die Demission Bonar Law kam zu einer Zeit, in der das Abwickeln stark bemerkbar ist. Die Koalition hat keinen permanenten Wert mehr. Sie ist jetzt unpopulär. (Der „Observer“ war bisher ein großer Verteidiger von Lloyd George und dessen Kabinet.) Laut „Daily Express“ drohte Lloyd George an Churchill, der in Kgypten weilte, er möge sofort nach London zurückkehren.

Auslandsrundschau.

Infolge des kürzlich ratifizierten Postabkommens zwischen Schweden und Rußland ist die erste Postsendung aus Samojer Rußland in Riga eingetroffen. Es ist diese wohl die erste auf öffentlichem Wege über die Grenze getommene Post seit dem Bestehen der Sowjetregierung.

Griechenland mit seinem Konstantin macht in „bulgarischen und anatolischen Unruhen“, um seine Rüstung zu stärken und das Unersetzbarbleiben des Diktators von Stores durchzusetzen.

In Rom versuchten 200 Nationalisten in die Räume der Zollabfertigung einzudringen, wo die Koffer der russischen Handelsabordnung verwahrt werden. Sie wurden durch Wächter an ihrem Vorhaben gehindert. Mehrere der Angreifer wurden verletzt. Polizei und Soldaten wurden zum Schutz des Zollgebäudes aufgebait.

In Helsingfors sind bisher aus Kronstadt 12 000 Flüchtlinge eingetroffen. Sie befinden sich in einem elenden Zustande, sind halb verhungert und am Ende ihrer Kräfte.

Wenn ein General spricht . . .

Wie der „Sokal-Ans.“ erzählt, ist dem französischen Geschäftsträger in Verantwortung der Entente-Note über die See die Rede der durch WZ. verbreitete Wortlaut der Ausführungen des Generals überreicht worden. Es ist darauf hingewiesen, daß Seeckt lediglich einen Bericht über seine Eindrücke in London gegeben, sich aber jeder politischen Stellungnahme enthalten habe. Nach Pariser Blättermeldungen soll die deutsche Regierung ihr Bedauern ausgesprochen haben. Diese Nachrichten werden von amtlicher Seite als unzutreffend bezeichnet.

In jedem Falle hätte man sich die ganze, immerhin doch recht peinliche Auseinandersetzung ersparen können, wenn Herr General Seeckt seine Worte etwas vorsichtiger abgemessen hätte. Der von seiner politischen Einsicht getriebene General spielt leider auch noch im nachrevolutionären Deutschland eine wenig rühmliche Rolle.

Das Entwaffnungsgesetz angenommen.

In der Ratifikation des Reichstags am letzten Sonnabend folgte die dritte Lesung des Gesetzes zur Durchführung der Art. 177 und 178 des Friedensvertrages. Genosse Müller, Franken sprach nach dem Vorkammler Dr. Simons für das Gesetz, das nach einiger Diskussion angenommen wurde. Angenommen wurde ferner das Gesetz zur Änderung der Einkommensteuer. In dritter Beratung angenommen wurden dann auch das Gesetz zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes, des Zündwarensteuergesetzes und das Gesetz über die vorläufige Zahlung zur Körperlichkeitssteuer. Das Gesetz zur Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine geht auf Antrag Hoch (Soz.) an den Sozialpolitischen Ausschuß. Das Gesetz über die außerordentliche Beihilfe an die Rentner der Invalidenversicherung wurde in allen Beratungen angenommen.

Präsident Eöde schlug vor, dem Präsidenten zu überlassen, Datum und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen mit der Maßgabe, daß die nächste Sitzung spätestens am 20. April stattfinden und schloß die Sitzung mit warmen Wünschen für Oberschlesien um 11 Uhr nachts.

Der Einspruch der wenigen anwesenden B.A.P.D.-Leute gegen die sofortige dritte Lesung des Orgelgesetzes, also der Versuch der Ausnutzung einer Bestimmung der Geschäftsordnung zu einer Verschiebung der Beschließung um ganze 24 Stunden, zeigt einen parlamentarischen Kreinismus, der bei diesen Rostowitzern und Diktatoren daß erstaunlich ist. Die würden sie toben, wenn z. B. 12 Nichtkommunisten einem Sowjetkongress von 300 Mann ihren Willen aufzuzwingen versuchten!

Gewerkschaftsbewegung

Der Wirtschaftskampf in Amerika.

Jeder, der die amerikanischen Wirtschaftsprobleme auf ihre Entwicklungsmöglichkeiten hin einer sorgfältigen Betrachtung unterzöht, wird zunächst überrascht sein, wie machi- und einflusslos gegenwärtig alle amerikanischen Arbeiterorganisationen — im Gegensatz zu europäischen Ländern, beispielsweise zu Deutschland und Großbritannien — sind. Dies hat darin seinen Grund, daß die Arbeiterbewegung in Amerika eine relativ kurze Geschichte hat, und die Stellung der Arbeiter daher sogar unter normalen Bedingungen wenig stabil gewesen wäre. Der heutigen Industrielage in den Vereinigten Staaten, die im wesentlichen ein Produkt der allgemeinen Weltwirtschaftslage ist, scheint der Arbeiter mehr oder weniger ohnmächtig gegenüber zu stehen. Erhöhte Wachsamkeit und wachsende Anpassungsfähigkeit der Arbeiterschaft sind daher besonders am Platze. Es ist den Arbeiterverbänden im allgemeinen nicht gelungen, der Herabsetzung der Löhne wirksam entgegenzutreten, die sich infolge des Sturzes der Marktpreise im vergangenen Jahre als notwendig herausgestellt hatte. Streiks, die hier und da versucht wurden, hatten sich als ziemlich untaugliche Waffen erwiesen. In zahlreichen Fällen haben sich die Arbeiter, den schwierigen Umständen Rechnung tragend, mit der Lohnverfälschung abgefunden oder auf einer für sie weit ungünstigeren Basis neue Verträge abgeschlossen. So die Gewerkschaften des Baugewerbes in San Francisco und die Arbeiter der Chicagoer Gasanlagen. In anderen Fällen hat die geschäftliche Depression zu einem offenen Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt, wie z. B. bei den Gewerkschaften des Bostoner Baugewerbes, wo von beiden Seiten der Versuch gemacht wurde, auf dem Wege der Gewalt, teils durch Streiks, teils durch Aussperrungen, eine Entscheidung zugunsten der einen oder der anderen Partei zu erzwingen.

In gewissen Zweigen der Industrie, besonders in der Stahlindustrie, besteht bei den Unternehmern eine lebhaftere Tendenz, die augenblickliche Lage auszunutzen, um der organisierten Arbeiterschaft einen empfindlichen Schlag zu verfehlen. Ungefähr hundert Fabriken, die zu den vereinigten Bau-Metall-Industrien gehören, haben nach einem zweimonatigen Kampf mit den Angestellten ihre Verträge mit zahlreichen in diesen Industrien beschäftigten Arbeiterverbänden aufgehoben und erklärt, sie würden künftig nur das Prinzip des „open shop“ anerkennen, d. h., die Löhne ohne Rücksicht auf die von den Gewerkschaften vorgeschriebenen Mindestsätze nach freiem Belieben fest, also herabsetzen.

Diese Bestrebungen spiegeln sich wider in einigen Gesetzen, die in verschiedenen Staaten teils zur Beratung stehen, teils bereits angenommen sind. In Colorado ist das Ausstellen von Streikposten während eines Streiks gesetzlich verboten worden, in Indiana steht die Veröffentlichung eines solchen Verbotes kurz bevor. In Massachusetts und in Michigan sollten industrielle Schiedsgerichte ins Leben gerufen werden, vor denen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und -nehmern ausgetragen wären. Im Staat Missouri ist ein Antistreikgesetz eingeführt worden mit der Begründung, daß jeder Streik als Wirtschaftskampf unverantwortlich ist. Dagegen sind in Kalifornien und Wisconsin sehr arbeiterfreundliche Gesetze beschlossen worden, die nicht nur die Einführung des Achtstundentages zur Folge hatten, sondern auch eine Herabsetzung der bestehenden Löhne verbieten und eine Arbeitslosenunterstützung vorsehen.

Im großen und ganzen sind jedoch die Arbeiter in den Vereinigten Staaten durchaus in die Defensive gedrängt; nur vereinzelte und vorläufig ziemlich bedeutungslose Anzeichen verraten ein etwas kräftigeres Verhalten. Ein interessanter Versuch in dieser Richtung ist die Gründung von Gewerkschaftsbanken, von denen bis jetzt bereits zwei existieren. Das Grundkapital dieser Banken besteht aus den Geldern der Gewerkschaftsmitglieder, die ihre Ersparnisse, anstatt sie den Ortsbanken zu übergeben, in diesen neu errichteten Instituten deponieren. Die Arbeiterorganisationen hoffen, auf diese Weise ihre Forderungen wirksamer vertreten und durchsetzen zu können. Ob dieser Weg zu dem von den Arbeitern gewünschten Erfolg führen wird, ist heute, schon im Hinblick auf die verworrene Wirtschaftslage, unmöglich voranzusehen, um so weniger, als es sich hier zunächst nur um vereinzelt auftauchende Lohnerwerbungsversuche handelt. Virgil Jordan.

Zur Lohnbewegung der Mühlenarbeiter.

In der am Sonntag stattgefundenen Mühlenarbeiterversammlung gab Schmitz vom Verband der Bauereis- und Mühlenarbeiter den vom Schiedsgericht bestätigten Schiedsspruch bekannt. Danach soll der Lohn für Walzenführer, Müller, Söcker, Sackträger, Malchmisten, Feizer, Kondwörter aller Art, Walzenrührer und Ausseiger 300 M.; für Bodenarbeiter, Sevelreimiger, Kohlenkarrer und alle anderen männlichen Arbeiter 250 M., und für Frauen 190 M. pro Woche betragen. Die erhöhten Löhne sollen ab 16. März 1921 in Geltung treten. Gleichfalls treten alle übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages mit Wirkung ab 16. März 1921 wieder in Kraft. Eine Resolution gibt der Überzeugung Ausdruck, daß der am 16. März gefällte Schiedsspruch nicht den notwendigen Forderungen der Mühlenarbeiter Rechnung getragen hat. Trotzdem sind sie gewillt, den Schiedsspruch anzunehmen. Sie erwarten, daß die Mühlen-

besitzer den Schiedsspruch ebenfalls annehmen. Sollten die Unternehmer eine ablehnende Haltung einnehmen, so sehen sich die Mühlenarbeiter gezwungen, den Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen.

Angestellte des Einzelhandels!

Die in Waren- und Kaufhäusern und sonstigen Geschäften des Einzelhandels tätigen Handelshilfsarbeiter befinden sich im Streik. Jeder freiergewerkschaftlich organisierte Angestellte, also die Mitglieder des F. d. A., Bundes der technischen Angestellten und Beamten und Deutschen Werkmeisterverbandes, haben jede Streikarbeit abzulehnen. Wir erwarten von den uns angehörenden Angehörigen, daß sie volle Solidarität üben und so auf ihre Weise den Handelsarbeitern der Branche zum Erlolge verhelfen werden.

Bei etwa auftauchenden Differenzen wolle man sich mit uns oder mit der Zentralleitung (Hofstr. 6) in Verbindung setzen. Afa-Bund, Ortsstelle Groß-Berlin, Belleallianzstr. 7/10.

Sind Lohnforderungen Erpressung?

Die unter dieser Ueberschrift in Nr. 64 gebrachte Notiz hat uns eine Berichtigung des Bundes der Deutschen Feinmetall- und Kunststein-Industrie, Geschäftsstelle Leipzig, eingebracht, die sich auf den § 11 des Preßgesetzes stützt und deren erster Teil folgenden Wortlaut hat:

Der Bund der deutschen Feinmetall- und Kunststein-Industrie hat gegen den Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes in Chemnitz, Herrn Schöbner, gegen den Brandeileiter Herrn Berg, Hannover, und gegen den Hauptvorstand Berg, Hannover, keine Klage wegen Erpressung eingereicht; vielmehr verlangen wir von dem Fabrikarbeiterverband, seinen Beamten und Unterverbänden nur, daß sie die abgeschlossenen Tarifverträge achten und sich für ihre Aufrechterhaltung einsetzen (§ 8 des Lohnariffes). Infolgedessen haben wir eine einstweilige Verfügung gegen den Fabrikarbeiterverband und zwei seiner Beamten beantragt, um weitere Tarifbrüche zu verhindern.

Der zweite Teil der Berichtigung will Dinge widerlegen, die wir nicht bestritten haben und entkräften trotz des Herrn Syndikus, der doch sicher ein Jurist ist, sowenig dem Preßgesetz, daß wir auf seinen Abdruck, trotz § 11, verzichten können.

An alle Einsender!

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen uns Versammlungsausweisen zugehen, die — aus unklarer oder eraxanten Gründen — ohne genügende Unterzeichnung verlesen sind. Wir müssen dringend darum bitten, in Zukunft alle derartigen Zuschriften mit einem Stempel, wo aber dies nicht möglich ist, mit vollem Namen, der Funktion und der Adresse des Einsenders zu unterzeichnen. Diese Bitte bezieht sich auf alle Versammlungsausweise, ganz gleich, ob sie schriftlich oder telephonisch übermittelt werden. Einsendungen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, bleiben auf jeden Fall unberücksichtigt.

Ein sozialisierter Großbetrieb.

Unsere Reichsdruckerei mit ihren 10 000 Arbeitskräften ist ein reiner Produktionsbetrieb gemeinwirtschaftlichen Charakters. Ihre Organisation schildert eine ausführliche Darstellung in der Märznummer der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen „Betriebsrätezeitung“. Eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Fragen wird in dieser Zeitung in einer Form behandelt, die das lebhafteste Interesse der Leser weckt. So untersucht ein Beitrag die Frage: „Brauchen wir Unternehmer?“, andere Realcredit und Wohnungsfragen, „Warenhandel und Warentausch“, „Arbeitsgesellschaft und Industriehaus“, „Drei Industriebeiräte“, Hartert, Coderell, Eli Wöhnen. Die umfassende „Wirtschaftliche Rundschau“ beleuchtet in kurzen Einzelberichten die Lage der Weltwirtschaft und dient der wirtschaftsgeographischen Schulung. Zu dem Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte nimmt ein Gewerkschaftler Stellung. In dem Abschnitt „Betriebswissenschaft“ wird der Abschluß der Konten der doppelten Buchführung behandelt.

Die „Betriebsrätezeitung“, die in einer Auflage von 125 000 Exemplaren erscheint, erfreut sich, wie die ständig steigende Auflage zeigt, wachsender Beliebtheit. Jeder vorwärtsstrebende Arbeiter sollte die ihm hier vom A. D. G. B. gebotene Gelegenheit, sich das Rüstzeug für die wirtschaftliche Schulung beschaffen zu können, Gebrauch machen. Jedes Postamt nimmt Bestellungen zum Preise von 3 M. vierteljährlich entgegen.

Ueber den Reichsariff der Bankangestellten sprach in einer öffentlichen Versammlung der Bankangestellte Emonts. Der Tarifvertrag, für den immer noch die allgemeine Verbindlichkeitsklärung fehlt, gibt im § 36 die Möglichkeit, zum 1. April über die Einkommenshöhe der Bankangestellten und deren Venderung erneut zu verhandeln. Vielleicht kommt für die Verhandlungen noch die Venderung der Anrechnung der Berufsjahre und der eine oder andere untergeordnete Punkt in Frage. Alles übrige steht diesmal nicht zur Verhandlung. Für die Einkommensregelung ist von größter Bedeutung die seit dem Kriege eingetretene Unmöglichkeit der Anschaffung und Ergänzung der fehlenden Gegenstände des täglichen Bedarfs. An der jetzt geltenden Gehaltsregelung bemängelt der Referent außer der unzureichenden Höhe der Sätze die weitgehende Differenzierung der Sätze für die Gleichaltrigen der verschiedenen Gruppen (Boten, Handwerker, weiblichen und männlichen Bankgehülfen, weiblichen und männlichen regulären Angestellten).

In der folgenden Debatte wurde allgemein die dringende Notwendigkeit betont, die Gehälter aufzubessern. Eine Resolution wurde nicht angenommen.

Die S. P. D.-Mitglieder des Transportarbeiterverbandes hörten am Freitag einen Vortrag des Genossen Gerwin über: „Selbstverlobtes au: Sommerschland“, der viele interessante Einzelheiten aus dem holländischen Lebensparadies brachte. Dann erstattete Nordmann den Situationsbericht, namentlich im Hinblick auf die Generalversammlung, die Montag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindet. Die erweiterte Verwaltung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, für die Wahl der engeren Verwaltung der Generalversammlung Orthmann als ersten, Klose als zweiten Bevollmächtigten, Boehmer als Sekretär und Bregke als Kassierer vorzuschlagen. Die Versammlung stimmte diesen Vorschlägen zu. Die Delegierten zur Generalversammlung müssen vollständig erscheinen.

Achtung, Transportarbeiter! In der Jahrestelle 55 bei dem Gastwirt Rau, Dunderstr. 22, ist für alle sämtlichen Verbandsmaterial, Marken sowie auch der Verbandsstempel mit der Nummer 55 gekostet worden. Sollten unseren Mitgliedern derartige Marken mit dem Stempel 55 zum Verkauf angeboten werden, so sind diese sofort anzunehmen und dem Verbandsbureau zu übermitteln, evtl. die betreffende Person feststellen zu lassen. Derartige Marken, welche nicht durch genannte Jahrestelle gekostet sind, werden für ungültig erklärt. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Von der Betriebsrätewahl der Chemnitzer Metallarbeiter wird als vorläufiges Resultat mitgeteilt: 218 sozialdemokratische und 123 kommunistische Betriebsräte.

Bei der Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht Bonn erhielt die Liste des Ortsausschusses des A. D. G. B. 4870 Stimmen und 12 Beisitzer, die Liste der christlichen Gewerkschaften 1637 Stimmen und 4 Beisitzer, die Hirsch-Dundersche Liste 169 Stimmen, aber keinen Beisitzer.

Gruppenversammlung der Betriebsräte der Metallindustrie. Dienstag 7 Uhr Elektro-Industrie, Mittwoch 7 Uhr Mechanik, Donnerstag 7 Uhr Heizungs- und sanitäre Anlagen und Klempner. Sämtlich in der Schule Köpenickerstr. 12. An jedem Tag findet bereits um 4 1/2 Uhr eine Vorbesprechung aller auf dem Boden der Betriebsrätekonferenzen und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Kollegen statt. Parteiausweis legitimiert. Der Fraktionsvorsitzende.

S. P. D.-Eisenformer und Sichererarbeiter. Mittwoch 7 Uhr In den Reihen 23 Zusammenkunft aller in den Eisenreien beschäftigten Genossen. Die unhaltbaren Zustände innerhalb unserer Branche machen eine Aussprache dringend notwendig. Keiner darf fehlen. Der Fraktionsvorsitzende.

Kpa. Kitzberg. Die geschiedenen Kollegen treffen sich Mittwoch 1 Uhr im Reichsbankgebäude, Eintrachtstr. (Reichsbankweissmann), zwecks Aussprache von Unterbringung.

Verband der Metzler, Köchereien usw. Heute 7 Uhr bei Schulz, Rönnegraben 2, Sektionsversammlung der Köchereien. Tagesordnung: Jahresbericht und Raumwahl der Sektionsleitung.

Deutscher Holzarbeiterverband. In der Versammlungssitzung am Sonntag nach 10 Uhr Holzarbeiter 2. Sektionsversammlung der Köchereien. Tagesordnung: Jahresbericht und Raumwahl der Sektionsleitung.

Zentralverband der Angestellten. Mitgliederversammlungen heute. Einzelhandel: 7 1/2 Uhr Schultheiß, Hafenstraße 23. — Hoch- und Tiefbau: 7 1/2 Uhr Damerlände Festhalle, Neue Friedrichstr. 88. — Pflanzengarten: 8 Uhr Gieseler-Biergarten, Neue Promenade 9/10.

Verband der Fabrikarbeiter. Mittwoch 7 Uhr im Gewerkschaftshaus (Coal 1), Angelstr. 15, Versammlung aller in der Porzellan-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Vortrag des Kollegen Genfelle: „Die wirtschaftliche Lage in der Porzellan-Industrie“.

Deutscher Transportarbeiterverband. Geschäftsführer, Logenarbeiter usw. Heute 6 1/2 Uhr im Schultheiß, Neue Friedrichstr. 22/7, Frau Schmidtsche Gruppe. Tagesordnung: Stellungnahme zu dem kommenden Tarifvertrag. — Reichsbetriebe: Mittwoch 7 Uhr im Deutschen Reichs, Dresdenstr. 14, Brandenburger Versammlung sämtlicher Mitglieder aus den Reichsbetrieben sowie der Schiedsrichter, Beamten und Transportarbeiter. — Eintrachtstr. Köchereien und Pflanzengarten: Mittwoch 4 1/2 Uhr im „Körnerhof“, Joh. A. Müller, Steglitzer Str. 33, Brandenburger Versammlung. — Sektion 1, Lederbranche: Mittwoch 5 1/2 Uhr bei Witt, Köchereien. 2. Gruppenversammlung aller im Schuhgroßhandel Beschäftigten. — Geschäftsführer, Logenarbeiter usw.: Mittwoch 7 Uhr Schultheiß, Neue Friedrichstr. 23 (Berliner-Saal), Frau Schmidtsche Gruppe. Mitglieder: Sektionsversammlungen zu dem kommenden Tarifvertrag.

S. P. D. Siemens-Schubert, Charlottenburg. Mittwoch 1 Uhr bei Berger, Damerlände, Cafe Spangowstr. Zusammenkunft der in Charlottenburger Werk beschäftigten Kollegen. Mitglieder legitimiert. — Der Fraktionsvorsitzende.

Veranstaltung für den redbell. Teil: Dr. Bremer Helfer, Charlottenburg; für die Frauen: Th. Glade, Berlin. Vortrag: Fortschritt-Gesetz G. m. b. H. Berlin. Frau Bernhardt-Pachdrucker u. Betriebsrat Paul Linow u. Co., Berlin. Rede über 3. Stern 2. Weltkrieg.

Veranstaltung für den redbell. Teil: Dr. Bremer Helfer, Charlottenburg; für die Frauen: Th. Glade, Berlin. Vortrag: Fortschritt-Gesetz G. m. b. H. Berlin. Frau Bernhardt-Pachdrucker u. Betriebsrat Paul Linow u. Co., Berlin. Rede über 3. Stern 2. Weltkrieg.

1871-1921

50jährige Erfahrung und der Grundsatz: „die besten Rohstoffe durch die tüchtigsten Fachleute verarbeitet“ sind Bürgen für die Güte des

Continental

Pneumatik

Flatow, Kommentar zum Betriebsrätegesetz

Neue Auflage
71. bis 80. Tausend
Neue Ausstattung, neuer Druck
Vollständig umgearbeitet
Preis broschiert M. 10,—
gebunden M. 12,50

Der am meisten benutzte Kommentar!
Erweitert durch die Entscheidungen des Reichsarbeitsministers, das Betriebsbilanzgesetz und die Musterarbeitsordnung

Bestellschein

An die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Ich bestelle hiermit Flatow, Kommentar, Neue Auflage

_____ Exemplare gebunden à M. 12,50

_____ Exemplare broschiert à M. 10,—

Lieferung gegen Nachnahme

Vor- und Zuname _____

Ort und Straße _____

BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW 68, LINDENSTRASSE 2